

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für internationale Beziehungen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident, zuständig für internationale Beziehungen, wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM ÜBEREINKOMMEN DES EUROPARA-
TES ÜBER DIE MANIPULATION VON SPORTWETTBEWERBEN, GESCHEHEN ZU BUDA-
PEST AM 29. NOVEMBER 2016**

INHALTSANGABE

Durch dieses Dekret wird einem völkerrechtlichen Vertrag zugestimmt.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	10
Vorentwurf	11
Anlage	12

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Einleitung

Die Manipulation von Sportwettkämpfen gilt als eine der größten Bedrohungen für den heutigen Sport. Die Spielmanipulation und Wettspielabsprachen untergraben Werte wie fairen Wettbewerb, Integrität, Fairplay und den Respekt für andere. Das Übereinkommen definiert Spielmanipulation als jede "vorsätzliche und unbefugte Änderung des Kurses oder des Ergebnisses eines Sportwettbewerbs, um die einem Wettbewerb innewohnende Unsicherheit ganz oder teilweise zu beseitigen, und mit der Absicht, dadurch einen ungerechtfertigten Vorteil für sich selbst oder andere herbeizuführen".

Seit dem Jahr 2000 wurden immer mehr Studien, Arbeiten und Forschungen veröffentlicht, die das Phänomen und seine Bedeutung deutlich aufzeigen. Die weitgehende Mediatisierung und Kommerzialisierung von Sportveranstaltungen, das oft ungezügelte Wachstum im Bereich der Sportwetten und der erhöhte Druck auf die (gute) Governance von Sportorganisationen haben das Risiko von Spielmanipulationen in den letzten Jahrzehnten erhöht.

Ganz allgemein umfasst die Bekämpfung dieses Phänomens auch die Bekämpfung von Betrug, organisierter Kriminalität¹, Geldwäsche und Korruption.

Im Laufe des Sommers 2012 lud der Europarat die Vertragsparteien des Europäischen Kulturabkommens ein, ein Übereinkommen zur Bekämpfung der Manipulation von Sportwettkämpfen auszuhandeln. Die Verhandlungen begannen im Oktober 2012 mit der ersten Sitzung der Redaktionsgruppe des Europarates im Rahmen von EPAS, dem erweiterten Teilabkommen des Europarates über Sport. Das Übereinkommen wurde mehr als zwei Jahre später, am 9. Juli 2014, vom Europarat förmlich gebilligt.

Belgien beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung und den Verhandlungen über das Übereinkommen und nahm an den Verhandlungen mit einer Delegation der drei für Sportpolitik zuständigen Gemeinschaften, Vertretern der Glücksspielkommission für den Bereich der politischen Auswirkungen des Glücksspiels und dem föderalen Justizministerium für die strafrechtlichen Bestimmungen, teil. Die Gemeinschaften sorgten maßgeblich für die innerbelgische Koordination. Darüber hinaus hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine wichtige Rolle und Befugnis bei den Bestimmungen zu den Themen Prävention,

¹ P. Bonifatius, S. Lacarrière, S. Unterkünfte in Verschuuren, "Sportwetten und Korruption: Wie man die Integrität des Sports zu bewahren", IRIS, 2012; "Interpol Integrity in Sport Weekly Media Recap" zum Internet auf ihrer Website: <http://www.interpol.int/News-and-media/News>; D. Hill, "The Fix: Soccer and Organized Crime", McClelland & Stewart, 2008.

Aufklärung und Sensibilisierung (Artikel 4, 5 und 6) sowie über die Finanzierung von Sportorganisationen im Zusammenhang mit Spielabsprachen (Artikel 8) zu erfüllen.

Am 18. September 2014 hat der Europarat das Übereinkommen über die Manipulation von Sportwettkämpfen zur Unterzeichnung und Ratifizierung (SEV Nr. 215) freigegeben.

2. Zweck des Abkommens

Der Zweck dieses Übereinkommens ist die Manipulation von Sportwettkämpfen zu verhindern, aufzudecken und zu bestrafen. Der Vertrag soll auch die nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben fördern.

Der Vertrag zielt darauf ab, eine globale Antwort sowohl auf glücksspielbezogene als auch auf nicht glücksspielbezogene Spielmanipulationen zu geben. Es handelt sich um ein verbindliches Rechtsinstrument, dem auch Nichtmitglieder des Europarats beitreten können.

Die Konvention muss Wettbewerbsverfälschungen verhindern, erkennen und angemessen darauf reagieren. So verpflichten sich beispielsweise die Vertragsparteien des Übereinkommens, die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Parteien auf nationaler Ebene zu verstärken, Spielabsprachen strafbar zu machen und eine gesamteuropäische und globale Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch aufzubauen. Schließlich ist in diesem Kampf eine enge Zusammenarbeit zwischen der Sportwelt, den Regierungen, den Glücksspielbetreibern, den Glücksspielaufsichtsbehörden, den Strafverfolgungsbehörden und internationalen Organisationen erforderlich. Die Schaffung einer nationalen Plattform mit allen relevanten Akteuren (Artikel 13) ist daher eine der zentralen Bestimmungen des Vertrags. Diese Plattform stellt eine zentrale Drehscheibe für Informationsaustausch, Informationsanalyse und operative Entscheidungen dar.

Das Übereinkommen ist nicht als Instrument zur Harmonisierung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien gedacht. Die Umsetzung des Übereinkommens ist mit einem klassischen Follow-up-Mechanismus verbunden, bei dem die Vertragsparteien, die das Übereinkommen ratifiziert haben, vertreten werden. In Bezug auf das materielle Strafrecht sollten die Rechtsvorschriften es ermöglichen, Spielabsprachen unter Strafe zu stellen, wenn Zwangsmittel, Korruption oder betrügerische Praktiken angewendet werden. Dies betrifft föderale Angelegenheiten, die streng genommen keine Anpassung des belgischen Strafrechts erfordern, da die Kriminalisierung bereits durch das Verbrechen der privaten Bestechung vorgesehen ist. Andere föderale Strafbestimmungen, einschließlich Betrug, Geldwäsche und organisierte Kriminalität, können ebenfalls gelten.

Das ultimative Ziel des Vertrags ist es daher, "die Integrität des Sports und die Ethik im Sport zu schützen".

Der Vertrag besteht aus 41 Artikeln, die in 9 Kapitel unterteilt sind.

Die Präambel weist darauf hin, dass die Manipulation von Sportwettbewerben ein Phänomen ist, das eine Bedrohung für die Integrität des Sports weltweit darstellt und eine globale Reaktion erfordert. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit eines Rechtsinstruments hervorgehoben, dass anderen Staaten als den Mitgliedstaaten des Europarats offenstehen.

Kapitel I – Zweck, Grundprinzipien, Begriffsbestimmungen (Artikel 1 bis 3)

In Artikel 1 sind der Zweck und die Hauptziele des Übereinkommens festgelegt. Ziel des Vertrags ist es, die Manipulation von Sportwettbewerben zu bekämpfen. Durch einen Verweis auf die Sportethik betont dieser Artikel, dass alle Formen der Manipulation eine Bedrohung für die Werte des Sports darstellen.

Artikel 2 enthält eine Liste von Leitprinzipien, die die verschiedenen Akteure einhalten müssen. In diesem Artikel heißt es, dass bei der Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben die Grundsätze der Menschenrechte, der Rechtmäßigkeit, der Verhältnismäßigkeit und des Schutzes der Privatsphäre und personenbezogener Daten gewährleistet werden müssen.

Artikel 3 enthält einige Definitionen.

Kapitel II – Verhinderung, Zusammenarbeit und andere Maßnahmen (Art. 4 bis 11)

Artikel 4 befasst sich mit der nationalen Koordinierung. Jede Vertragspartei koordiniert die Politiken und Maßnahmen aller Behörden und fördert die Zusammenarbeit zwischen Sportorganisationen, Wettkampfveranstaltern und Sportwettenanbietern.

Die Vertragsparteien ermitteln, analysieren und bewerten die mit der Manipulation von Sportwettbewerben verbundenen Risiken und fordern die Sportorganisationen, Sportwettenanbieter, Wettbewerbsveranstalter und andere Organisationen dazu auf, entsprechende Verfahren und Regeln zu erlassen (Artikel 5).

Artikel 6 betrifft die Information und Sensibilisierung. In diesem Bereich wird auch auf Schulungen und Forschungsmaßnahmen hingewiesen.

Artikel 7 regelt die Maßnahmen, die von Sportorganisationen und Wettbewerbsveranstaltern im Rahmen der Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben zu ergreifen sind. Die Vertragsparteien erlassen und führen geeignete Maßnahmen durch. Darüber hinaus ermutigen die Vertragsparteien die Sportorganisationen, spezifische, wirksame, angemessene und abschreckende Disziplinarsanktionen und -maßnahmen zu ergreifen. Die

disziplinarische Haftung schließt eine zusätzliche strafrechtliche, zivil- oder verwaltungsrechtliche Haftung nicht aus.

Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen in Bezug auf die Finanzierung von Sportorganisationen (Artikel 8) und der Wettaufsichtsbehörde oder anderer zuständiger Behörden (Artikel 9).

Artikel 10 befasst sich mit den Sportwettanbietern. Die Vertragsparteien treffen alle gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, die erforderlich sein können, um Interessenkonflikte und den Missbrauch von Insiderinformationen bei der Bereitstellung von Produkten zu Sportwetten zu verhindern. Sie fördern das Bewusstsein für die Folgen und bekämpfen die Manipulation von Sportwettkämpfen durch Information, Schulung und Verbreitung von Informationen und verpflichten Sportwettenanbieter, irreguläre oder verdächtige Wetten den Regulierungsbehörden und zuständigen Behörden zu melden (Artikel 10).

Artikel 11 verpflichtet die Parteien, die am besten geeigneten Mittel im Einklang mit dem geltenden Recht zur Bekämpfung illegaler Sportwetten zu prüfen. Er erkennt an, dass die Parteien den Kampf gegen illegale Sportwetten auf unterschiedliche Weise angehen können.

Kapitel III – Informationsaustausch (Artikel 12 bis 14)

In Artikel 12 wird der Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden, Sportorganisationen und Sportwettenanbietern erörtert. Jede Vertragspartei richtet Mechanismen für den Austausch einschlägiger Informationen ein.

In Artikel 13 wird festgehalten, dass jede Vertragspartei eine nationale Plattform definiert. Die nationale Plattform fungiert als zentrale Informationsstelle, koordiniert den Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben, sammelt und analysiert Informationen über irreguläre und verdächtige Sportwetten, übermittelt Informationen über mögliche Verstöße und kooperiert mit allen Organisationen und relevanten Behörden. Name und Anschrift der Nationalen Plattform werden dem Generalsekretär des Europarats mitgeteilt.

Artikel 14 regelt den Schutz personenbezogener Daten.

Kapitel IV – Materielles Strafrecht und Zusammenarbeit zwecks Durchsetzung (Artikel 15-18)

Die Vertragsparteien stellen sicher, dass ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften es ermöglichen, die Manipulation von Sportwettbewerben, bei denen Zwangsmittel, Korruption oder betrügerische Praktiken angewandt werden, unter Strafe zu stellen (Artikel 15).

Dieses Kapitel befasst sich auch mit der Geldwäsche von Erträgen aus Straftaten im Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettbewerben (Artikel 16), der Teilnahme und Beihilfe (Artikel 17) und der strafrechtlichen Haftung juristischer Personen (Artikel 18).

Kapitel V – Rechtsprechung, Strafverfahren und Vollstreckungsmaßnahmen (Artikel 19–21)

In diesem Kapitel werden die gerichtliche Zuständigkeit (Artikel 19), Maßnahmen zum Schutz elektronischer Nachweise (Artikel 20) und Schutzmaßnahmen (Artikel 21) erörtert.

So enthält beispielsweise Artikel 19 eine Reihe von Kriterien, anhand deren die Parteien zu bestimmen haben, ob sie für die unter den Vertrag fallenden Straftaten zuständig sind. Mit Artikel 20 sollen die zuständigen Behörden in die Lage versetzt werden, im Rahmen einer strafrechtlichen Untersuchung der in den Artikeln 15 bis 17 genannten Straftaten die rasche Vorratsspeicherung von in Computersystemen gespeicherten Daten anzuordnen. In Artikel 21 wird vorgeschlagen, während des Verfahrens Personen, die über Informationen über mögliche Straftaten und Zeugen verfügen, zu schützen.

Kapitel VI – Sanktionen und Maßnahmen (Artikel 22 bis 25)

Um das kriminelle Phänomen der Manipulation von Sportwettbewerben zu bekämpfen, sind neben der Entwicklung von Präventivmaßnahmen auch wirksame Sanktionen erforderlich. In diesem Kapitel werden strafrechtliche Sanktionen gegen natürliche oder (Artikel 22) und juristische Personen (Artikel 23), administrative Sanktionen (Artikel 24) sowie Beschlagnahme und Einziehung (Artikel 25) beschrieben.

Kapitel VII – Internationale Zusammenarbeit in Justiz- und anderen Bereichen (Artikel 26 bis 28)

Maßnahmen für die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen (Artikel 26) und die Prävention (Artikel 27) werden in diesem Kapitel erörtert.

Die Vertragsparteien arbeiten mit internationalen Sportorganisationen im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht zusammen. Diese Zusammenarbeit kann sich auf verschiedene Aspekte des Übereinkommens erstrecken: Prävention, Sensibilisierung der Interessenträger, Aufdeckung und Informationsaustausch (Artikel 28).

Kapitel VIII – Weiterverfolgung (Artikel 29 bis 31)

Dieses Kapitel enthält Bestimmungen, die die wirksame Durchführung Übereinkommens durch die Vertragsparteien gewährleisten sollen.

Die Vertragsparteien übermitteln dem Generalsekretär des Europarats alle zweckdienlichen Informationen über die legislativen und sonstigen Maßnahmen, die zur Einhaltung der Bedingungen dieses Übereinkommens getroffen wurden (Artikel 29).

Mit Artikel 30 wird ein Begleitausschuss für die Weiterverfolgung des Übereinkommens eingesetzt. In Artikel 31 sind die Aufgaben des Begleitausschusses festgelegt. Der Ausschuss ist für die Überwachung der Durchführung des Übereinkommens zuständig.

Kapitel IX – Schlussbestimmungen (Artikel 32 bis 41)

Bis auf wenige Ausnahmen basieren die Schlussbestimmungen auf dem Mustertext des Europarats. Sie betreffen die Unterzeichnung und das Inkrafttreten (Artikel 32), die Wirkungen des Vertrags (Artikel 33), die Bedingungen und Garantien (Artikel 34), der räumliche Geltungsbereich (Artikel 35), die Klausel für Bundesstaaten (Artikel 36), die Einreichung von Vorbehalten (Artikel 37), Änderungen des Vertrags (Artikel 38), die Beilegung von Streitigkeiten (Artikel 39), die Kündigung des Vertrags (Artikel 40) und die Notifizierung durch den Generalsekretär des Europarats (Artikel 41).

Der Text wurde in Englisch und Französisch verfasst.

3. Gemischter Charakter und Unterschrift

Bei dem Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettbewerben handelt es sich um einen „gemischten Vertrag“ im Sinne von Artikel 167 §4 der Verfassung. Die Arbeitsgruppe für gemischte Verträge, das beratende Gremium der Interministeriellen Konferenz für Außenpolitik, hat in der Tat auf ihrer Sitzung am 27. Juni 2014 den gemischten Charakter des Übereinkommens definiert. Sowohl die Föderalregierung als auch die Gemeinschaften üben ihre Befugnisse aus. Gemäß dem Beschluss der Interministeriellen Konferenz für Außenpolitik vom 9. Juli 2008 wird der Bericht der Arbeitsgruppe für gemischte Verträge den Mitgliedern der interministeriellen Konferenz für Außenpolitik übermittelt. In seinem Schreiben vom 23. April 2015 erklärte der Vorsitzende der interministeriellen Konferenz für Außenpolitik, dass keine Einwände formuliert worden seien. Die interministerielle Konferenz für Außenpolitik hat daher den in der Arbeitsgruppe für gemischte Verträge erzielten Konsens stillschweigend gebilligt.

Die Arbeitsgruppe für gemischte Verträge beschloss auch, den Vertrag gemäß Formel 3 der interministeriellen Konferenz für Außenpolitik unterzeichnen zu lassen, d.h. eine einzige Unterschrift im Namen des Königreichs Belgien, jedoch mit Angabe aller an der Unterzeichnung beteiligten Behörden.

Die vorliegende Konvention wurde am 18. September 2014 auf der Konferenz der Sportminister des Europarates zur Unterzeichnung vorgelegt. Gemäß Artikel 32 Absatz 3 liegt der

Vertrag der Europäischen Union (EU) zur Unterzeichnung vor. Der Vertrag steht auch außereuropäischen Ländern offen. Das Übereinkommen wurde bereits von 39 Ländern, davon 22 EU-Länder, unterzeichnet und von Griechenland, Italien, Moldawien, Norwegen, der Ukraine, Portugal und der Schweiz ratifiziert. Der flämische Sportminister unterzeichnete das Übereinkommen am 29. November 2016 in Budapest im Namen Belgiens.

Die Vollmacht zur Unterzeichnung erteilte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrer Sitzung vom 28. Oktober 2016. Damit das Abkommen in Kraft treten kann bedarf es der Zustimmung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.07.04 10:13:17
+02'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettbewerben, geschehen zu Budapest am 29. November 2016

Einziger Artikel – Das Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettbewerben, geschehen zu Budapest am 29. November 2016, ist uneingeschränkt wirksam.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von
Oliver Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.07.04 10:13:39
+02'00'

ANLAGE

Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettbewerben, geschehen zu Budapest am 29. November 2016

(Übersetzung)

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor internationale betrekkingen,

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President, bevoegd voor internationale betrekkingen, is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET TOT INSTEMMING MET HET VERDRAG VAN DE RAAD VAN
EUROPA INZAKE DE MANIPULATIE VAN SPORTWEDSTRIJDEN, ONDERTEKEND TE BOEDAPEST OP
29 NOVEMBER 2016**

INHOUD

Door dit decreet wordt ingestemd met een internationaal verdrag.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Artikelsgewijze bespreking.....	10
Voorontwerp	11
Bijlage	12

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Inleiding

Manipulatie van sportwedstrijden wordt als een van de grootste bedreigingen voor de hedendaagse sport beschouwd. Manipulatie van sportwedstrijden en matchfixing ondermijnen waarden als eerlijke competitie, integriteit, fair play en respect voor anderen. Het Verdrag definieert "manipulatie van sportwedstrijden" als "opzettelijke regelingen, handelingen of het nalaten te handelen gericht op het ongeoorloofd wijzigen van de uitslagen of het verloop van sportwedstrijden, teneinde het onvoorspelbare karakter van deze sportwedstrijden geheel of gedeeltelijk teniet te doen met het oog op het verkrijgen van een niet-gerechtigd voordeel voor zichzelf of derden".

Sinds 2000 zijn er steeds meer studies, papers en onderzoeken verschenen die het fenomeen en het belang ervan duidelijk in beeld brengen. De verregaande mediatisering en commercialisering van sportevenementen, de vaak ongebreidelde groei van het aanbod aan sportweddenschappen en de toegenomen druk op het (goed) bestuur van sportorganisaties hebben het risico op wedstrijdvervalsing de laatste decennia doen toenemen.

De strijd tegen dit fenomeen omvat meer algemeen ook de strijd tegen fraude, georganiseerde misdaad¹, het witwassen van geld en corruptie.

De Raad van Europa nodigde de partijen bij het Europees Cultureel Verdrag in de loop van de zomer van 2012 uit om te onderhandelen over een verdrag ter bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden. De onderhandelingen begonnen in oktober 2012 met de eerste vergadering van de redactiegroep van de Raad van Europa in de schoot van EPAS, het Uitgebreid Gedeeltelijk Akkoord over Sport van de Raad van Europa. Ruim twee jaar later, op 9 juli 2014, werd het Verdrag formeel goedgekeurd door de Raad van Europa.

België was actief betrokken bij de uitwerking en de onderhandelingen van het Verdrag en nam deel aan de onderhandelingen met een delegatie van de drie bevoegde gemeenschappen voor het sportbeleid, vertegenwoordigers van de Kansspelcommissie voor het kansspelbeleid, en de Federale Overheidsdienst Justitie voor de strafrechtelijke bepalingen. De gemeenschappen hadden een beslissende inbreng in de intra-Belgische coördinatie. Verder is voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap een belangrijke rol en bevoegdheid weggelegd wat betreft de bepalingen over

¹ P. Boniface, S. Lacarrière, A. Tuillon en P. Verschuuren, "Sports betting and corruption: how to preserve the integrity of sport", IRIS, 2012; "Interpol Integrity in Sport Weekly Media Recap" online op de website: <http://www.interpol.int/News-and-media/News>; D. Hill, "The Fix: Soccer and Organized Crime", McClelland & Stewart, 2008.

preventie, voorlichting en sensibilisering (artikelen 4, 5 en 6) en met betrekking tot de financiering van sportorganisaties in de context van matchfixing (artikel 8).

Op 18 september 2014 werd het Verdrag inzake de manipulatie van sportwedstrijden door de Raad van Europa geopend voor ondertekening en ratificatie (CETS nr. 215).

2. Doel van het Verdrag

Het doel van dit Verdrag is om de manipulatie van sportwedstrijden te voorkomen, op te sporen en te bestraffen. Het Verdrag moet ook de nationale en internationale samenwerking op het vlak van het bestrijden van de manipulatie van sportwedstrijden bevorderen.

Het Verdrag wil een globaal antwoord bieden op zowel kansspelgerelateerde als niet-kansspelgerelateerde wedstrijdvervalsing. Het vormt een bindend legaal instrument waar ook niet-leden van de Raad van Europa kunnen tot toetreden.

Het Verdrag moet wedstrijdvervalsing voorkomen, opsporen en gepast beantwoorden. De partijen bij het Verdrag verbinden zich ertoe de samenwerking tussen alle betrokken partijen op nationaal niveau te versterken, matchfixing strafbaar te maken en een pan-Europese en wereldwijde samenwerking en informatie-uitwisseling op te zetten. Nauwe samenwerking tussen de sportwereld, overheden, kansspeloperators, kansspelregulators, wetshandavingsinstanties en internationale organisaties is immers vereist in deze strijd. De oprichting van een nationaal platform met alle relevante actoren (artikel 13) vormt dan ook een van de centrale bepalingen van het Verdrag. Dat platform is een centrale draaischijf voor informatie-uitwisseling, informatie-analyse en operationele beslissingen.

Het Verdrag is niet bedoeld als instrument om de nationale wetgevingen van de partijen te harmoniseren. Aan de uitvoering van het Verdrag is een klassiek opvolgingsmechanisme gekoppeld met vertegenwoordiging van de partijen die het Verdrag geratificeerd hebben. Met betrekking tot het materieel strafrecht moeten de rechtsvoorschriften het mogelijk maken om matchfixing strafbaar te stellen wanneer gebruik wordt gemaakt van dwang, corruptie of frauduleuze praktijken. Het betreft een federale materie die strikt genomen geen aanpassing van het Belgische strafrecht vereist, aangezien het misdrijf private omkoping al voorziet in de strafbaarstelling. Ook andere federale strafbepalingen, onder andere inzake fraude, het witwassen van geld en georganiseerde misdaad, kunnen van toepassing zijn.

De uiteindelijke doelstelling van het Verdrag is dan ook "de integriteit van de sport en de ethiek in de sport te beschermen".

Het Verdrag bestaat uit 41 artikelen, verdeeld over 9 hoofdstukken.

In de preambule wordt erop gewezen dat de manipulatie van sportwedstrijden een verschijnsel is dat wereldwijd een bedreiging vormt voor de integriteit van sport en een mondiaal antwoord vergt. In dit opzicht schetst het de noodzaak van een juridisch instrument dat openstaat voor andere staten dan de lidstaten van de Raad van Europa.

Hoofdstuk I – Doel, richtsnoeren, begripsomschrijvingen (artikelen 1 tot 3)

Artikel 1 omschrijft het doel en de voornaamste doelstellingen van het Verdrag. Het doel van het Verdrag is het bestrijden van de manipulatie van sportwedstrijden. Door een verwijzing naar sportethiek benadrukt dit artikel dat alle vormen van manipulatie een bedreiging vormen voor de waarden van sport.

Artikel 2 bevat een lijst met leidende beginselen die de verschillende actoren moeten respecteren. Dit artikel stelt dat bij het bestrijden van de manipulatie van sportwedstrijden de beginselen inzake mensenrechten, legaliteit, proportionaliteit en de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en persoonsgegevens moeten worden gewaarborgd.

Artikel 3 omvat enkele begripsomschrijvingen.

Hoofdstuk II – Preventie, samenwerking en andere maatregelen (artikelen 4 tot 11)

Artikel 4 behandelt de nationale coördinatie. Elke partij coördineert het beleid en de maatregelen van alle publieke autoriteiten en moedigt de samenwerking aan tussen sportorganisaties, wedstrijdorganisatoren en exploitanten van sportweddenschappen.

De partijen identificeren, analyseren en evalueren de risico's die verband houden met de manipulatie van sportwedstrijden en moedigen sportorganisaties, exploitanten van sportweddenschappen, wedstrijdorganisatoren en andere organisaties aan om passende procedures en regels in te voeren (artikel 5).

Artikel 6 betreft de voorlichting en bewustwording. Hier wordt ook gewezen op opleidingen en onderzoek.

Artikel 7 gaat over de maatregelen die door sportorganisaties en organisatoren van wedstrijden moeten worden genomen als onderdeel van de strijd tegen de manipulatie van sportwedstrijden. De partijen zullen passende maatregelen aannemen en implementeren. Verder moedigen de partijen de sportorganisaties aan specifieke, effectieve, proportionele en ontmoedigende disciplinaire sancties en maatregelen te hanteren. De vastgestelde tuchtrechtelijke verantwoordelijkheid sluit geen strafrechtelijke, civiele of bestuursrechtelijke verantwoordelijkheid uit.

De partijen nemen maatregelen ten aanzien van de financiering van sportorganisaties (artikel 8) en maatregelen ten aanzien van de regelgevende autoriteit op het gebied van weddenschappen of andere verantwoordelijke autoriteiten (artikel 9).

Artikel 10 heeft betrekking op de exploitanten van sportweddenschappen. De partijen nemen wetgevende of andere maatregelen aan die nodig kunnen zijn om belangenvermenging en misbruik van voorkennis bij het aanbieden van producten op het gebied van sportweddenschappen te voorkomen. Door middel van voorlichting, training en het verspreiden van informatie bevorderen zij de bewustwording van de consequenties en de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden, en zij verplichten de exploitanten van sportweddenschappen tot het melden van onregelmatige of verdachte weddenschappen aan de regelgevende en verantwoordelijke autoriteiten (artikel 10).

Artikel 11 vereist dat de partijen de meest geschikte middelen overwegen in overeenstemming met de toepasselijke wetgeving teneinde illegale sportweddenschappen te bestrijden. Het erkent dat de partijen de strijd tegen de illegale sportweddenschappen op verschillende manieren kunnen aanpakken.

Hoofdstuk III – Uitwisseling van informatie (artikelen 12 tot 14)

Artikel 12 bespreekt de uitwisseling van informatie tussen de bevoegde publieke autoriteiten, sportorganisaties en exploitanten van sportweddenschappen. Elke partij stelt mechanismen in voor het delen van relevante informatie.

In artikel 13 is vastgelegd dat elke partij een nationaal platform aanwijst. Het nationaal platform fungeert als centraal informatiepunt, coördineert de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden, verzamelt en analyseert informatie over onregelmatige en verdachte sportweddenschappen, verzendt informatie over mogelijke overtredingen en werkt samen met alle organisaties en relevante autoriteiten. De naam en het adres van het nationale platform worden aan de secretaris-generaal van de Raad van Europa meegedeeld.

Artikel 14 regelt de bescherming van persoonsgegevens.

Hoofdstuk IV – Materieel strafrecht en samenwerking ten behoeve van de handhaving (artikelen 15 tot 18)

De partijen zien erop toe dat hun nationale wetgeving het mogelijk maakt de manipulatie van sportwedstrijden strafbaar te stellen indien er gebruik wordt gemaakt van dwang, corruptie of frauduleuze praktijken (artikel 15).

Dit hoofdstuk behandelt verder het witwassen van de opbrengsten van strafbare feiten die betrekking hebben op de manipulatie van sportwedstrijden (artikel 16), de deelneming en medeplichtigheid (artikel 17) en de strafrechtelijke aansprakelijkheid van rechtspersonen (artikel 18).

Hoofdstuk V – Rechtsmacht, strafrechtelijke procedure en handhaving (artikelen 19 tot 21)

In dit hoofdstuk worden de rechtsmacht (artikel 19), de maatregelen teneinde elektronisch bewijsmateriaal veilig te stellen (artikel 20) en beschermende maatregelen (artikel 21) besproken.

Zo bevat artikel 19 een reeks criteria op basis waarvan de partijen moeten vaststellen of ze rechtsmacht hebben over de strafbare feiten die onder het Verdrag vallen. Artikel 20 beoogt de bevoegde autoriteiten de mogelijkheid te bieden om binnen het kader van een strafrechtelijk onderzoek naar de in de artikelen 15 tot 17 bedoelde strafbare feiten, een snelle bewaring van gegevens die zijn opgeslagen in computersystemen, te bevelen. Artikel 21 stelt de partijen voor om tijdens de procedure de personen die informatie hebben over mogelijke strafbare feiten en de getuigen te beschermen.

Hoofdstuk VI – Sancties en maatregelen (artikelen 22 tot 25)

Om te vechten tegen het criminele fenomeen van de manipulatie van sportwedstrijden, zijn er naast de ontwikkeling van preventieve maatregelen ook effectieve sancties nodig. Dit hoofdstuk beschrijft de strafrechtelijke sancties tegen natuurlijke personen (artikel 22), de sancties tegen rechtspersonen (artikel 23), de bestuursrechtelijke sancties (artikel 24) en de inbeslagneming en verbeurdverklaring (artikel 25).

Hoofdstuk VII – Internationale samenwerking in justitiële en andere aangelegenheden (artikelen 26-28)

De maatregelen met het oog op internationale samenwerking bij strafzaken (artikel 26) en ten behoeve van preventie (artikel 27) worden in dit hoofdstuk besproken.

De partijen werken samen met internationale sportorganisaties in overeenstemming met hun nationale recht. Deze samenwerking kan betrekking hebben op verschillende aspecten van het Verdrag: preventie, sensibilisering van stakeholders, detectie en informatie-uitwisseling (artikel 28).

Hoofdstuk VIII – Follow-up (artikelen 29 tot 31)

Dit hoofdstuk bevat bepalingen om de effectieve uitvoering van het Verdrag door de partijen te garanderen.

De partijen bezorgen de Secretaris-generaal van de Raad van Europa alle relevante informatie inzake de wetgevende en andere maatregelen die ze hebben getroffen teneinde te voldoen aan de voorwaarden van dit Verdrag (artikel 29).

Artikel 30 richt een Comité voor de follow-up van het Verdrag op. Artikel 31 beschrijft de taken van het Comité voor de follow-up. Het Comité is verantwoordelijk voor de follow-up van de implementatie van dit Verdrag.

Hoofdstuk IX – Slotbepalingen (artikelen 32 tot 41)

Op enkele uitzonderingen na zijn de slotbepalingen gebaseerd op de modeltekst van de Raad van Europa. Ze hebben betrekking op de ondertekening en inwerkingtreding (artikel 32), de gevolgen van het Verdrag (artikel 33), de voorwaarden en waarborgen (artikel 34), de territoriale toepassing (artikel 35), de federale clausule (artikel 36), het maken van voorbehouden (artikel 37), wijzigingen aan het Verdrag (artikel 38), de beslechting van geschillen (artikel 39), de opzegging van het Verdrag (artikel 40) en de kennisgeving door de Secretaris-generaal van de Raad van Europa (artikel 41).

Het Verdrag werd opgemaakt in het Engels en het Frans.

3. Gemengd karakter en ondertekening

Het Verdrag van de Raad van Europa inzake de manipulatie van sportwedstrijden is een gemengd verdrag in de zin van artikel 167, § 4, van de Grondwet. Tijdens zijn vergadering van 27 juni 2014 heeft de werkgroep Gemengde Verdragen, het adviesorgaan van de Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid, het gemengde karakter van het Verdrag vastgelegd. Zowel de federale overheid als de gemeenschappen oefenen hun bevoegdheden uit. Overeenkomstig de beslissing van de Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid van 9 juli 2008 wordt het verslag van de werkgroep Gemengde Verdragen naar de leden van de Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid gestuurd. In zijn brief van 23 april 2015 deelde de voorzitter van de Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid mee dat geen enkel bezwaar werd geformuleerd. De Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid heeft de in de werkgroep Gemengde Verdragen bereikte consensus dus stilzwijgend bekrachtigd.

De werkgroep Gemengde Verdragen besliste ook het Verdrag te laten ondertekenen volgens formule 3 van de Interministeriële Conferentie Buitenlands Beleid, dat wil zeggen één enkele handtekening in naam van het Koninkrijk België, maar met vermelding van al de betrokken overheden onder de handtekening.

Het Verdrag werd op 18 september 2014 opengesteld voor ondertekening op de conferentie van de ministers voor sportzaken van de Raad van Europa. Op grond van artikel 32, derde lid, staat het Verdrag open voor ondertekening door de Europese Unie (EU). Het Verdrag staat ook open voor niet-Europese landen. Het werd reeds ondertekend door 39 landen, waarvan 22 EU-landen, en is geratificeerd door Griekenland, Italië, Moldavië, Noorwegen, Oekraïne, Portugal en Zwitserland. De Vlaamse minister van Sport heeft het Verdrag op 29 november 2016 in Boedapest namens België ondertekend.

De ondertekeningsvolmacht verleende de Regering van de Duitstalige Gemeenschap in haar zitting van 28 oktober 2016. De instemming van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap is vereist opdat het Verdrag in werking kan treden.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot instemming met het Verdrag van de Raad van Europa inzake de manipulatie van sportwedstrijden, ondertekend te Boedapest op 29 november 2016

Enig artikel – Het Verdrag van de Raad van Europa inzake de manipulatie van sportwedstrijden, ondertekend te Boedapest op 29 november 2016, zal volkomen gevolg hebben.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

BIJLAGE

**Verdrag van de Raad van Europa inzake de manipulatie van sportwedstrijden, ondertekend te
Boedapest op 29 november 2016**

(Vertaling)

ÜBEREINKOMMEN DES EUROPARATS ÜBER DIE MANIPULATION VON SPORTWETTBEWERBEN

Sammlung der Verträge des Europarats - Nr. 215

Maggingen/Macolin, 18.IX.2014

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarates und die anderen Unterzeichner dieses Übereinkommens,

in der Erwägung, dass es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

eingedenk des auf dem Dritten Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarats (Warschau, 16.-17. Mai 2005) angenommenen Aktionsplans, in dem die Fortführung der Aktivitäten des Europarats gefordert werden, die im Bereich des Sports als richtungsweisend gelten;

in Erwägung der Tatsache, dass die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens auf europäischer und globaler Ebene notwendig ist, um die Entwicklung eines Sports zu ermöglichen, der auf der Grundlage der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Ethik im Sport beruht;

in der Erkenntnis, dass alle Länder und alle Sportarten auf der Welt grundsätzlich von der Manipulation von Sportwettbewerben betroffen sind und eingedenk der Tatsache, dass dieses Phänomen eine globale Bedrohung für die Integrität im Sport darstellt, das nur anhand eines weltweiten Handelns wirksam bekämpft werden kann, das auch von den Ländern unterstützt werden muss, die nicht Mitglieder des Europarats sind;

besorgt über die Verwicklung von kriminellen Aktivitäten, insbesondere von organisierter Kriminalität, in die Manipulation von Sportwettbewerben und über ihren grenzüberschreitenden Charakter;

unter Hinweis auf das Europäische Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1950, SEV-Nr. 5) und die dazugehörigen Protokolle, das Europäische Übereinkommen zur Verringerung von Gewalttätigkeit, Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fussballspielen (1985, SEV-Nr. 120), das Europäische Übereinkommen gegen Doping (1989, SEV-Nr. 135), das Strafrechtsübereinkommen über Korruption (1999, SEV-Nr. 173) und das Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (2005, SEV-Nr. 198);

unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (2000) und dessen Protokolle;

unter Hinweis auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (2003);

eingedenk der Bedeutung der wirksamen Untersuchung von Straftaten unter Vermeidung von unangemessener Verzögerung innerhalb ihres Hoheitsgebiets;

eingedenk der Schlüsselrolle der Internationalen kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) im Rahmen der wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Vollzugsbehörden zusätzlich zur justiziellen Zusammenarbeit;

unter Betonung, dass die Sportorganisationen dafür verantwortlich sind, die Manipulation von Sportwettbewerben, die von ihnen unterstellten Personen begangen werden, aufzudecken und zu bestrafen;

in Anerkennung der Ergebnisse, die bereits im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben erzielt worden sind;

überzeugt, dass eine wirksame Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben auf einer erweiterten, schnellen, nachhaltigen und ordnungsgemäss funktionierenden Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene beruht;

eingedenk der Empfehlungen des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten, Rec(92)13Rev über die revidierte Europäische Sportcharta, CM/Rec(2010)9 über den revidierten Ethischen Verhaltenskodex; Rec(2005)8 über die Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Sport und CM/Rec(2011)10 über die Förderung der Integrität im Sport zur Bekämpfung der Manipulation von Ergebnissen, insbesondere von Spielabsprachen;

angesichts der Arbeiten und Schlussfolgerungen der folgenden Konferenzen:

- die 11. Europarats-Konferenz der Sportminister in Athen, vom 11.-12. Dezember 2008;
- die 18. Informelle Europarats-Konferenz der Sportminister (Baku, 22. September 2010) über die Förderung der Integrität im Sport und gegen die Manipulation von Spielergebnissen (Spielabsprachen);
- die 12. Europarats-Konferenz der Sportminister (Belgrad, 15. März 2012) mit Bezug auf die Ausarbeitung eines neuen internationalen Rechtsinstruments zur Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben;
- die 5. Internationale UNESCO Konferenz der für Leibeserziehung und Sport zuständigen Minister und Hohen Beamten (MINEPS V);

überzeugt, dass der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Sportorganisationen, Wettbewerbsveranstaltern und Sportwettanbietern auf nationaler und internationaler Ebene, auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Vertrauen, eine wesentliche Voraussetzung bilden, um gemeinsame und wirksame Lösungen für das Problem der Manipulation von Sportwettbewerben zu finden;

in der Erkenntnis, dass Sport, der auf einem fairen und gleichberechtigten Wettbewerb beruht, naturgemäss unvorhersehbar ist und dass unethische Praktiken und Verhaltensweisen im Sport wirksam und entschieden bekämpft werden müssen;

unter Betonung ihrer Überzeugung, dass die konsequente Anwendung der Prinzipien der Good Governance und der Ethik im Sport ein massgeblicher Faktor bei der Bekämpfung von Korruption, der Manipulation von Sportwettbewerben und von anderen Vergehen im Sport darstellt;

in der Erkenntnis, dass die Sportorganisationen aufgrund des Prinzips der Autonomie des Sports für den Sport verantwortlich sind und sowohl eine selbstregulierende als auch eine disziplinarische Verantwortung im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben tragen und von den Behörden in angemessenem Masse beim Schutz der Integrität des Sports unterstützt werden;

in der Erkenntnis, dass die Entwicklung von Sportwetten, insbesondere von illegalen Sportwetten, das Risiko von solchen Manipulationen erhöht;

in der Erwägung, dass die Manipulation von Sportwettbewerben in Zusammenhang mit oder unabhängig von Sportwetten auftritt, und in Zusammenhang mit oder unabhängig von Straftaten stehen kann, und dass sie in allen Fällen bekämpft werden muss;

eingedenk des Ermessensspielraums, welchen die Staaten im Rahmen der geltenden Gesetze bei der Festsetzung von Richtlinien über Sportwetten geniessen;

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I – Zweck, Grundprinzipien und Begriffsbestimmungen

Artikel 1 – Zweck und vorrangige Ziele

- 1 Zweck des Übereinkommens ist die Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben zum Schutz der Integrität und der Ethik im Sport in Einklang mit dem Prinzip der Autonomie des Sports.
- 2 Zu diesem Zweck lauten die vorrangigen Ziele der Konvention wie folgt:
 - a nationale oder grenzüberschreitende Manipulationen von nationalen oder internationalen Wettbewerben im Sport zu verhindern, zu erkennen und zu bestrafen;
 - b die nationale und internationale Zusammenarbeit der betroffenen Behörden sowie der an Sport und Sportwetten beteiligten Organisationen zum Zweck der Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben zu fördern.

Artikel 2 – Grundprinzipien

- 1 Im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben muss unter anderem die Achtung von folgenden Grundprinzipien gewährleistet werden:
 - a die Menschenrechte;
 - b die Rechtmässigkeit;
 - c die Proportionalität;
 - d der Schutz der Privatsphäre und der personenbezogenen Daten.

Artikel 3 – Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens:

- 1 „Sportwettbewerb“ bezeichnet ein Sportereignis, das in Übereinstimmung mit den Regeln einer Sportorganisation durchgeführt wird, die in der Liste des Begleitausschusses des Übereinkommens aufgrund von Artikel 31.2 erwähnt wird und von einer internationalen Sportorganisation, oder gegebenenfalls von einer anderen zuständigen Sportorganisation, anerkannt wird.
- 2 „Sportorganisation“ bezeichnet eine Organisation, die den Sport oder eine bestimmte Sportart regelt und auf der vom Begleitausschuss des Übereinkommens verabschiedeten Liste aufgrund von Artikel 31.2 erscheint sowie gegebenenfalls die ihr angeschlossenen europäischen und nationalen Organisationen.
- 3 „Wettbewerbsorganisator“ bezeichnet eine Sportorganisation oder irgendeine Person, die, unabhängig von ihrer Rechtsform, Sportwettbewerbe organisiert.
- 4 „Manipulation von Sportwettbewerben“ bezeichnet eine vorsätzliche Vereinbarung, Handlung oder Unterlassung mit dem Ziel, eine unrechtmässige Änderung des Ergebnisses oder des Verlaufs eines Sportwettbewerbs herbeizuführen und die naturgemäss dem Sportwettbewerb innewohnende Unvorhersehbarkeit teilweise oder gänzlich aufzuheben, um einen unrechtmässigen Vorteil für sich oder für andere zu erlangen.
- 5 „Sportwette“ bezeichnet die Wette mit einem geldwerten Einsatz in der Erwartung eines geldwerten Preises, der vom ungewissen Auftreten eines Ergebnisses in Zusammenhang mit einem Sportwettbewerb abhängig ist. Dabei gilt folgendes:
 - a „Illegale Sportwetten“ bezeichnet jegliche Sportwetten-Aktivitäten, deren Art oder Anbieter gemäss der geltenden Gesetzgebung des Landes, in dem sich der Verbraucher befindet, nicht zulässig ist;
 - b „Regelwidrige Sportwetten“ bezeichnet jegliche Sportwetten-Aktivitäten, die nicht den üblichen oder erwarteten Gepflogenheiten auf dem betreffenden Markt entsprechen oder mit Wetten auf Sportwettbewerbe in Zusammenhang stehen, deren Verlauf unübliche Merkmale aufweist;

- c „Verdächtige Sportwetten“ bezeichnet Sportwetten, die aufgrund von zuverlässigen und übereinstimmenden Anhaltspunkten in Zusammenhang mit einer Manipulation des Sportwettbewerbs stehen, für den sie angeboten werden.
- 6 „Wettbewerbs-Akteur“ bezeichnet jede natürliche oder juristische Person, die zu einer der folgenden Kategorien gehört:
 - a „Athlet“ bezeichnet eine Person oder Gruppe von Personen, die an Sportwettbewerben teilnimmt;
 - b „Athleten-Betreuungspersonal“ bezeichnet jeglichen Coach, Trainer, Manager, Agent, Betreuer, Team-Offiziellen, medizinischen oder paramedizinischen Mitarbeitenden, der mit den Athleten arbeitet, diese behandelt, an der Vorbereitung oder an den Sportwettbewerben teilnimmt sowie alle anderen Personen, die mit den Athleten arbeiten;
 - c „Offizieller“ bezeichnet eine Person, die Inhaber von, Aktionär von, Führungskraft oder Mitarbeitender einer Struktur ist, die Sportwettbewerbe organisiert und bewirbt, sowie Schiedsrichter, Jurymitglieder und jegliche andere akkreditierte Personen. Der Begriff bezeichnet zudem die Führungskräfte und Mitarbeitenden von internationalen Sportorganisationen oder, wenn zutreffend, einer anderen zuständigen Sportorganisation, die den Wettbewerb anerkennt.
- 7 „Insider-Informationen“ bezeichnet Informationen in Zusammenhang mit einem Wettbewerb, über die eine Person aufgrund ihrer oder seiner Position in einem Sport oder in einem Wettbewerb verfügt, ausgenommen jegliche bereits veröffentlichten, allgemein bekannten, für Interessierte leicht zugänglichen oder in Übereinstimmung mit den für den betreffenden Wettbewerb geltenden Regeln und Reglementen veröffentlichten Informationen.

Kapitel II – Verhinderung, Zusammenarbeit und andere Massnahmen

Artikel 4 – Nationale Koordination

- 1 Jede Vertragspartei koordiniert die Politiken und Handlungen aller betroffenen Behörden im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben.
- 2 Jede Vertragspartei fordert in ihrem Hoheitsgebiet Sportorganisationen, Wettbewerbsveranstalter und Sportwettanbieter dazu auf, im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben zusammenzuarbeiten und beauftragt sie gegebenenfalls damit, die entsprechenden Bestimmungen dieses Übereinkommens durchzusetzen.

Artikel 5 – Risikobeurteilung und Risikoverwaltung

- 1 Jede Vertragspartei – wenn angemessen, in Zusammenarbeit mit Sportorganisationen, Sportwettanbietern, Wettbewerbsveranstaltern und anderen relevanten Organisationen – ermittelt, analysiert und beurteilt die Risiken in Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettbewerben.
- 2 Jede Vertragspartei fordert Sportorganisationen, Sportwettanbieter, Wettbewerbsveranstalter und andere relevante Organisationen dazu auf, Verfahren und Regeln zur Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben zu erlassen und führt, sofern angemessen, die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen zu diesem Zweck ein.

Artikel 6 – Aufklärung und Sensibilisierung

- 1 Jede Vertragspartei fördert die Sensibilisierung, Aufklärung, Schulung und Forschung zur verstärkten Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben.

Artikel 7 – Sportorganisationen und Wettbewerbsveranstalter

- 1 Jede Vertragspartei fordert Sportorganisationen und Wettbewerbsveranstalter dazu auf, Regeln sowie

Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns zu verabschieden und einzuführen, um die Manipulation von Sportwettbewerben zu bekämpfen, die unter anderem folgendes bezwecken:

- a Vermeidung von Interessenskonflikten, einschliesslich:
 - das Verbot für Wettbewerbs-Akteure, an Sportwetten teilzunehmen, die Wettbewerbe betreffen, an denen sie beteiligt sind;
 - das Verbot, Insider-Informationen missbräuchlich zu verwenden oder zu verbreiten;
 - b die Einhaltung durch die Sportorganisationen sowie durch ihre angeschlossenen Mitglieder sämtlicher vertraglicher oder anderweitigen Verpflichtungen;
 - c die Verpflichtung von Wettbewerbs-Akteuren, jegliche verdächtige Aktivitäten, Vorfälle, Anreize oder Annäherungen, die als eine Übertretung der Regeln gegen die Manipulation von Sportwettbewerben verstanden werden können, unverzüglich zu melden.
- 2 Jede Vertragspartei fordert die Sportorganisationen dazu auf, angemessene Massnahmen zu erlassen und einzuführen, um folgendes zu gewährleisten:
- a eine verstärkte und wirksame Überwachung des Verlaufs von Sportwettbewerben, die dem Risiko von Manipulationen ausgesetzt sind;
 - b Vorkehrungen, um verdächtige Handlungen in Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettbewerben unverzüglich an die entsprechenden Behörden oder an eine nationale Plattform zu melden;
 - c wirksame Mechanismen, um die Weitergabe von jeglichen Informationen betreffend mögliche oder tatsächliche Fälle von Manipulationen von Sportwettbewerben zu erleichtern, einschliesslich den angemessenen Schutz der Informanten (whistle blower);
 - d die Sensibilisierung der Wettbewerbs-Akteure, einschliesslich die jungen Athletinnen und Athleten, für die Risiken der Manipulation von Sportwettbewerben und für die Bestrebungen, um diese anhand von Aufklärung, Schulung und der Verbreitung von Informationen zu bekämpfen;
 - e die Benennung der zuständigen Offiziellen für einen Sportwettbewerb, insbesondere Richter und Schiedsrichter, zu einem möglichst späten Zeitpunkt.
- 3 Jede Vertragspartei fordert ihre Sportorganisationen, und über diese die internationalen Sportorganisationen, dazu auf, spezifische, wirksame, angemessene und abschreckende disziplinarische Sanktionen und Massnahmen im Fall von Übertretungen ihrer internen Regeln gegen die Manipulation von Sportwettbewerben zu ergreifen, insbesondere gegen diejenigen, die unter Absatz 1 des vorliegenden Artikels erwähnt werden, und zudem die gegenseitige Anerkennung und Durchsetzung von Sanktionen sicherzustellen, die von anderen Sportorganisationen, insbesondere in anderen Ländern, verhängt worden sind.
- 4 Die disziplinarische Haftung, die von den Sportorganisationen definiert worden ist, schliesst eine zusätzliche strafrechtliche, zivilrechtliche oder verwaltungsrechtliche Haftung nicht aus.

Artikel 8 – Massnahmen hinsichtlich der Finanzierung von Sportorganisationen

- 1 Jede Vertragspartei verabschiedet die erforderlichen gesetzgeberischen oder anderweitigen Massnahmen, um die Transparenz hinsichtlich der Finanzierung der Sportorganisationen zu gewährleisten, die von der Vertragspartei finanziell unterstützt werden.
- 2 Jede Vertragspartei zieht die Möglichkeit in Betracht, die Sportorganisationen im Kampf gegen Manipulationen von Sportwettbewerben zu unterstützen, einschliesslich der Möglichkeit der Finanzierung von geeigneten Mechanismen.

- 3 Jede Vertragspartei zieht wenn nötig die Möglichkeit in Betracht, die finanzielle Unterstützung zurückzuhalten oder Sportorganisationen dazu aufzufordern, die finanzielle Unterstützung von Wettbewerbs-Akteuren, die aufgrund der Manipulation von Sportwettbewerben sanktioniert worden sind, während der Dauer der Sanktion zurückzuhalten.
- 4 Jede Vertragspartei leitet gegebenenfalls die notwendigen Schritte ein, um die finanzielle oder anderweitige sportbezogene Unterstützung jeglicher Sportorganisationen, welche die Regeln im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben nicht wirksam anwenden, teilweise oder gänzlich zurückzuhalten.

Artikel 9 – Massnahmen betreffend Wettaufsichtsbehörden oder andere zuständige Stellen oder Behörden

- 1 Jede Vertragspartei definiert eine oder mehrere zuständige Behörden, die innerhalb der Rechtsordnung der Vertragspartei den Auftrag haben, Sportwett-Regeln einzuführen und die damit verbundenen Massnahmen zur Bekämpfung der Manipulation von Sportwettbewerben in Zusammenhang mit Sportwetten durchzusetzen, gegebenenfalls unter anderem:
 - a der zeitgerechte Austausch von Informationen mit anderen zuständigen Behörden oder einer nationalen Plattform hinsichtlich von illegalen, unrechtmässigen oder verdächtigen Sportwetten sowie von Übertretungen der Regeln aufgrund dieses Übereinkommens oder aufgrund von Regeln, die in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erlassen worden sind;
 - b die Beschränkung des Angebots von Sportwetten nach Absprache mit den nationalen Sportorganisationen und Sportwettanbietern, insbesondere unter Ausschluss von Sportwettbewerben:
 - die für Teilnehmende unter 18 Jahren bestimmt sind, oder
 - deren organisatorische Rahmenbedingungen und/oder sportliche Bedeutung unzureichend ist/sind;
 - c die vorzeitige Bereitstellung von Informationen über die Arten und Merkmale von Sportwettprodukten für die Wettbewerbsveranstalter zu deren Unterstützung bei ihren Bestrebungen, die Risiken der Manipulation ihrer Sportwettbewerbe zu erkennen und zu verwalten;
 - d die systematische Verwendung von Zahlungsmitteln für Sportwetten, die eine Rückverfolgung von Finanzflüssen ermöglichen, die einen gewissen Schwellenwert überschreiten, der von den Vertragsparteien festgelegt wird, insbesondere bezüglich Sender, Empfänger und Beträgen;
 - e Mechanismen in Zusammenarbeit mit und zwischen Sportorganisationen, und gegebenenfalls mit Sportwettanbietern, mit denen verhindert werden soll, dass Wettbewerbs-Akteure an Sportwetten teilnehmen, die aufgrund der geltenden Regeln für die betreffende Sportart oder aufgrund der geltenden Gesetzgebung nicht zulässig sind;
 - f die Aussetzung von Wetten laut innerstaatlicher Gesetzgebung für Wettbewerbe, für die eine entsprechende Warnung herausgegeben wurde.
- 2 Jede Vertragspartei teilt dem Generalsekretär des Europarats die Namen und die Adressen der Behörde oder der Behörden mit, die aufgrund von Absatz 1 des vorliegenden Artikels definiert worden sind.

Artikel 10 – Sportwettanbieter

- 1 Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen gesetzgeberischen oder anderweitigen Massnahmen, um Interessenskonflikte oder den Missbrauch von Insider-Informationen durch natürliche oder juristische Personen, die an der Bereitstellung von Sportwettprodukten beteiligt sind, zu verhindern, insbesondere durch die Einschränkung der Möglichkeit:
 - a von natürlichen oder juristischen Personen, die an der Bereitstellung von Sportwettprodukten beteiligt

sind, auf ihre eigenen Produkte Wetten abzuschliessen;

- b des Missbrauchs einer Position als Sponsor oder Teilinhaber einer Sportorganisation zur erleichterten Manipulation von Sportwettbewerben oder zum Zweck des Missbrauchs von Insider-Informationen;
 - c von Wettbewerbs-Akteuren, an der Quotierung von Wettbewerben mitzuwirken, an denen sie selbst beteiligt sind;
 - d von Sportwettanbietern, die einen Wettbewerbsorganisator oder Wettbewerbs-Akteur kontrollieren sowie von Sportwettanbietern, die von einem Wettbewerbsorganisator oder Wettbewerbs-Akteur kontrolliert werden, Wetten auf den Wettbewerb anzubieten, an dem der Wettbewerbsorganisator oder der Wettbewerbs-Akteur beteiligt sind.
- 2 Jede Vertragspartei unterstützt ihre Sportwettanbieter und über sie, die internationalen Organisationen von Sportwettanbietern, bei der Sensibilisierung ihrer Inhaber und Mitarbeitenden für die Konsequenzen von und den Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben, durch Aufklärung, Schulung und durch die Verbreitung von Informationen.
- 3 Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen gesetzgeberischen oder anderweitigen Massnahmen, um Sportwettanbieter dazu zu verpflichten, irreguläre oder verdächtige Wetten unverzüglich an die zuständige Wett-Regulierungsbehörde, an andere zuständige Behörden oder an die nationale Plattform zu melden.

Artikel 11 – Der Kampf gegen illegale Sportwetten

- 1 In der Absicht, die Manipulation von Sportwettbewerben zu bekämpfen, erkundet jede Vertragspartei die am besten geeigneten Mittel zur Bekämpfung von Anbietern von illegalen Sportwetten und zieht zu diesem Zweck die Einführung von Massnahmen in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung des betreffenden Landes in Betracht, die folgendes beinhalten:
- a Marktzugangsverweigerung oder direkte oder indirekte Marktzugangsbeschränkung von illegalen Sportwettanbietern, die über Fernabsatz agieren, und Schliessung von illegalen Sportwettanbietern die im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei tätig sind;
 - b Blockierung von Finanzflüssen zwischen illegalen Sportwettanbietern und Verbrauchern;
 - c Werbeverbot für illegale Sportwettanbieter;
 - d Sensibilisierung der Verbraucher für die Risiken in Zusammenhang mit illegalen Sportwetten.

Kapitel III – Informationsaustausch

Artikel 12 – Informationsaustausch zwischen zuständigen Behörden, Sportorganisationen und Sportwettanbietern

- 1 Unbeschadet von Artikel 14 erleichtert jede Vertragspartei auf nationaler und internationaler Ebene und in Einklang mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden, Sportorganisationen, Wettbewerbsveranstaltern, Sportwettanbietern und nationalen Plattformen. Insbesondere führt jede Vertragspartei Mechanismen ein, um relevante Informationen zu teilen, wenn diese dazu geeignet sind, die unter Artikel 5 erwähnte Risikobeurteilung durchzuführen, insbesondere die erwähnte Bereitstellung von Informationen über die Art und den Zweck der Wettprodukte der Wettbewerbsveranstalter sowie die Aufnahme respektive die Durchführung von Ermittlungen oder von Verfahren bezüglich der Manipulation von Sportwettbewerben.
- 2 Auf Anfrage informiert der Empfänger einer solchen Information in Einklang mit der innerstaatlichen Gesetzgebung und unverzüglich die Organisation oder die Behörde, die ihm die Informationen übermittelt hat, über die aufgrund dieser Informationen eingeleiteten Massnahmen.

- 3 Jede Vertragspartei erkundet mögliche Wege für die Entwicklung oder den Ausbau der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches im Kontext der Bekämpfung von illegalen Sportwetten nach Artikel 11 dieses Übereinkommens.

Artikel 13 – Nationale Plattform

- 1 Jede Vertragspartei definiert eine nationale Plattform, die sich mit dem Problem der Manipulation von Sportwettbewerben befasst. Diese nationale Plattform dient unter anderem, in Übereinstimmung mit der innerstaatlichen Gesetzgebung:
 - a als Informationsdrehscheibe für die Sammlung und Verteilung von Informationen, die in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Manipulation von Sportwettbewerben relevant sind, an die zuständigen Organisationen und Behörden;
 - b für die Koordination der Massnahmen im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben;
 - c für die Sammlung, Zentralisierung und Analyse von Informationen über irreguläre und verdächtigen Wetten auf Sportwettbewerbe, die im Hoheitsgebiet der Vertragspartei stattfinden, und wenn angemessen, für die Ausgabe von Warnungen;
 - d für die Übermittlung von Informationen über mögliche Verletzungen von gesetzlichen oder sportbezogenen Regeln, die in diesem Übereinkommen erwähnt werden, an Behörden, Sportorganisationen und/oder Sportwettanbieter;
 - e die Zusammenarbeit mit allen Organisationen und zuständigen Behörden auf nationaler und internationaler Ebene, einschliesslich die nationalen Plattformen anderer Länder.
- 2 Jede Vertragspartei teilt dem Generalsekretär des Europarats die Namen und Adressen der nationalen Plattform mit.

Artikel 14 – Schutz von personenbezogenen Daten

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um sicherzustellen, dass alle Handlungen gegen die Manipulation von Sportwettbewerben mit den betreffenden nationalen und internationalen Gesetzen und Normen zum Schutz von personenbezogenen Daten konform sind, insbesondere hinsichtlich des unter dieses Übereinkommen fallenden Informationsaustausches.
- 2 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um zu gewährleisten, dass die unter dieses Übereinkommen fallenden Behörden und Organisationen die geeigneten Massnahmen treffen, um sicherzustellen, dass im Fall der Sammlung, Verarbeitung und des Austausches von personenbezogenen Daten, unabhängig von der Natur eines solchen Austausches, die Grundsätze der Rechtmässigkeit, Angemessenheit, Relevanz, Richtigkeit sowie Datensicherheit und Rechte der Datensubjekte angemessen berücksichtigt werden.
- 3 Jede Vertragspartei erlässt die notwendigen Rechtsvorschriften, die vorsehen, dass die unter dieses Übereinkommen fallenden Behörden und Organisationen gewährleisten, dass der Datenaustausch zum Zweck dieses Übereinkommens nicht über das notwendige Minimum zur Verfolgung des genannten Zwecks des Austausches hinausgeht.
- 4 Jede Vertragspartei fordert die verschiedenen unter dieses Übereinkommen fallenden Behörden und Organisationen dazu auf, die notwendigen technischen Mittel bereitzustellen, um die Sicherheit der ausgetauschten Daten zu gewährleisten, und ihre Zuverlässigkeit und Integrität, ebenso wie die Verfügbarkeit und Integrität der Systeme für den Datenaustausch und die Identifizierung ihrer Benutzer sicherzustellen.

Kapitel IV – Materielles Strafrecht und Zusammenarbeit zwecks Durchsetzung

Artikel 15 – Straftaten in Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettbewerben

- 1 Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die innerstaatlichen Gesetze die strafrechtliche Sanktion der Manipulation von Sportwettbewerben ermöglichen, wenn diese aufgrund der innerstaatlichen Gesetzgebung Merkmale wie Zwangsmittel, Korruption oder betrügerische Praktiken aufweisen.

Artikel 16 – Waschen von Erträgen aus Straftaten in Zusammenhang mit der Manipulation von Sportwettbewerben

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um aufgrund ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung Handlungen im Sinne von Artikel 9, Absatz 1 und 2, des Übereinkommens des Europarats über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (2005, SEV- Nr. 198), Artikel 6, von Absatz 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Transnationale Organisierte Kriminalität (2000) oder von Artikel 23, Absatz 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (2003), unter den darin vorgesehenen Voraussetzungen, wenn die betreffende Straftat einer von denjenigen entspricht, auf die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens verwiesen wird, und auf jeden Fall in Fällen von Erpressung, Korruption und Betrug.
- 2 Bei der Festsetzung des Spektrums von Straftaten, die unter die in Absatz 1 erwähnten Haupttaten fallen, entscheidet jede Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung, wie sie diese Straftaten und die Natur der damit verbundenen besonderen Merkmale definieren will, die diese zu schwerwiegenden Vergehen machen.
- 3 Jede Vertragspartei zieht die Möglichkeit in Betracht, die Manipulation von Sportwettbewerben in ihre Rahmengesetzgebung zur Prävention von Geldwäsche einzubinden und von den Sportwettanbietern zu verlangen, Sorgfaltspflichten gegenüber den Kunden zu wahren, Aufzeichnungen zu führen und eine Informationspflicht einzuführen.

Artikel 17 – Anstiftung und Beihilfe

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um die mit Absicht ausgeführte Anstiftung oder Beihilfe zur Begehung von Vergehen laut Artikel 15 dieses Übereinkommens in ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung als Straftat zu verankern.

Artikel 18 – Haftung von juristischen Personen

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um zu gewährleisten, dass juristische Personen für Straftaten, die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, haften, wenn diese von einer natürlichen Person zu deren Vorteil begangen wurde, die entweder allein oder als Mitglied eines Organs der juristischen Person handelt und aufgrund der nachstehend erwähnten Befugnisse eine leitende Position mit folgenden Befugnissen innerhalb dieser juristischen Person einnimmt:
 - a einer Vertretungsbefugnis der juristischen Person;
 - b die Befugnis, Entscheidungen im Namen der juristischen Person zu treffen;
 - c die Befugnis, eine Kontrollfunktion innerhalb der juristischen Person auszuüben.
- 2 Vorbehaltlich der Rechtsgrundsätze der Vertragspartei kann die Haftung einer Person strafrechtlicher, ziviler oder administrativer Natur sein.
- 3 Zusätzlich den bereits unter Absatz 1 beschriebenen Fällen trifft jede Vertragspartei die erforderlichen Massnahmen, um sicherzustellen, dass eine juristische Person haftet, wenn mangelnde Aufsicht oder Kontrolle durch eine natürliche Person im Sinne von Absatz 1 das Begehen einer Straftat im Sinne von Artikel 15 bis 17 dieses Übereinkommens zum Vorteil dieser juristischen Person durch eine natürliche Person möglich machte, die unter ihrer Aufsicht handelte.

4 Eine solche Haftung gilt unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung der natürlichen Personen, welche die Straftat begangen haben.

Kapitel V – Rechtsprechung, Strafverfahren und Vollstreckungsmassnahmen

Artikel 19 – Rechtsprechung

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um die Rechtsprechung hinsichtlich der Straftaten, die in den Artikeln 15 bis 17 des vorliegenden Übereinkommens erwähnt werden, am Ort der Begehung der Straftat zu gewährleisten:
 - a in ihrem Hoheitsgebiet; oder
 - b an Bord eines Schiffs unter ihrer Flagge; oder
 - c an Bord eines Flugzeugs, das nach ihrem Recht eingetragen ist; oder
 - d durch einen ihrer Staatsangehörigen oder durch eine Person, die ihr Domizil in ihrem Hoheitsgebiet hat.
- 2 Jeder Staat oder die Europäische Union sind dazu berechtigt, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, oder Genehmigungsurkunde anhand eines Schreibens an den Generalsekretär des Europarats zu erklären, dass er oder sie sich das Recht vorbehält, die Bestimmungen über die Rechtsprechung gemäss Absatz 1, Unterabsatz d des vorliegenden Artikels, nicht oder nur in bestimmten Fällen oder unter bestimmten Voraussetzungen anzuwenden.
- 3 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um die Rechtsprechung betreffend Straftaten, die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, in den Fällen festzulegen, in denen sich eine verdächtige Person in ihrem Hoheitsgebiet aufhält und aufgrund ihrer Nationalität nicht an eine andere Vertragspartei ausgeliefert werden kann.
- 4 Wenn die Gerichtsbarkeit für eine mutmassliche Straftat, die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt wird, von mehr als einer Vertragspartei geltend gemacht wird, konsultieren die Vertragsparteien gegebenenfalls einander, um die am besten geeignete Gerichtsbarkeit im Hinblick auf die Strafverfolgung zu definieren.
- 5 Unbeschadet der allgemeinen Normen des Völkerrechts schliesst dieses Übereinkommen die Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, die durch eine Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung ausgeübt wird, in keiner Weise aus.

Artikel 20 – Massnahmen zur Sicherung elektronischer Nachweise

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen zur sicheren Aufbewahrung von elektronischen Beweismitteln, unter anderem durch die umgehende Sicherung von gespeicherten Computerdaten, die umgehende Sicherung und Weitergabe von Verkehrsdaten, die Anordnung der Herausgabe, Durchsuchung und Beschlagnahme von gespeicherten Computerdaten, die Sammlung von Verkehrsdaten in Echtzeit und das Abfangen von Angaben zum Inhalt in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht, bei der Ermittlung von Straftaten, die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden.

Artikel 21 – Schutzmassnahmen

- 1 Jede Vertragspartei zieht die Einführung der notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen in Betracht, um den wirksamen Schutz von:
 - a Personen zu gewährleisten, die in gutem Glauben und aus plausiblen Gründen, Informationen betreffend

Straftaten, die in den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, liefern oder anderweitig mit den ermittelnden oder staatsanwaltschaftlichen Behörden zusammenarbeiten;

- b Zeugen zu gewährleisten, die zu diesen Straftaten aussagen;
- c sofern erforderlich, Familienmitgliedern von Personen zu gewährleisten, die in den Unterabsätzen a und b erwähnt werden.

Kapitel VI – Sanktionen und Massnahmen

Artikel 22 – Strafrechtliche Sanktionen gegen natürliche Personen

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um sicherzustellen, dass die unter den Artikeln 15 bis 17 genannten Straftaten in diesem Übereinkommen, die von natürlichen Personen begangen werden, mit wirksamen, verhältnismässigen und abschreckenden Strafen, einschliesslich Geldstrafen, unter Berücksichtigung der Schwere der Straftaten, belegt werden. Die Sanktionen beinhalten Strafen zum Entzug der Freiheit, die gemäss innerstaatlichem Recht eine Auslieferung nach sich ziehen können.

Artikel 23 – Sanktionen gegen juristische Personen

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um sicherzustellen, dass juristische Personen, die aufgrund von Artikel 18 haftbar sind, mit wirksamen, angemessenen und abschreckenden Strafen belegt werden können, einschliesslich Geldstrafen, und gegebenenfalls mit anderen Sanktionen wie:
 - a eine zeitweiliges oder dauerhaftes Verbot von Handelstätigkeiten;
 - b die Unterstellung unter richterliche Aufsicht;
 - c eine richterlich angeordnete Auflösung.

Artikel 24 – Administrative Sanktionen

- 1 Für Handlungen, die unter die innerstaatlichen Rechtsvorschriften fallen, trifft jede Vertragspartei die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen, um in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen Vergehen mit wirksamen, angemessenen und abschreckenden Massnahmen und Strafen zu belegen; die Ahndung der genannten Vergehen erfolgt durch Behörden, gegen deren Entscheidung ein zuständiges Gericht angerufen werden kann.
- 2 Jede Vertragspartei stellt sicher, dass die administrativen Massnahmen durchgesetzt werden. Dies kann durch die Wett-Regulierungsbehörde oder eine andere zuständige Behörde, respektive Behörden, in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht, erfolgen.

Artikel 25 – Beschlagnahme und Einziehung

- 1 Jede Vertragspartei trifft die notwendigen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht, um die Beschlagnahme und Einziehung von:
 - a Gegenständen, Dokumenten und anderen Instrumenten, die zur Begehung der Straftaten, die unter den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, verwendet worden sind oder zur Verwendung vorgesehen waren, zu ermöglichen;
 - b Erträgen aus diesen Straftaten oder Gegenstände, deren Wert den genannten Erträgen entspricht, zu erlauben.

Kapitel VII – Internationale Zusammenarbeit in justiziellen und anderen Angelegenheiten

Artikel 26 – Massnahmen mit Blick auf eine internationale Zusammenarbeit in Strafsachen

- 1 Die Vertragsparteien arbeiten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens und in Einklang mit den betreffenden geltenden internationalen und regionalen Instrumenten und Strukturen zusammen, die auf der Basis einer einheitlichen oder gegenseitigen Rechtsprechung und der jeweiligen innerstaatlichen Gesetzgebung zum Zweck der Ermittlungen, Strafverfolgungsmassnahmen und Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit den Straftaten definiert worden sind, die unter den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, möglichst umfassend zusammen, einschliesslich Beschlagnahme und Einziehung.
- 2 Die Vertragsparteien arbeiten in Übereinstimmung mit den betreffenden geltenden internationalen, regionalen und bilateralen Verträgen über Auslieferung und gegenseitige Unterstützung bei Strafsachen und in Übereinstimmung mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung, im Hinblick auf die Straftaten, die unter den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnt werden, möglichst umfassend zusammen.
- 3 In Angelegenheiten der internationalen Kooperation, bei denen der Sachverhalt der beiderseitigen Strafbarkeit erfüllt werden muss, gilt dieser Tatbestand als erfüllt, und zwar unabhängig davon, ob die Gesetzgebung des ersuchten Staats die Straftat in die gleiche Kategorie von Straftaten einordnet und den gleichen Begriff zur Benennung der Straftat verwendet wie der ersuchende Staat, wenn die Handlung, die der Straftat, derentwegen um Rechtshilfe oder Auslieferung ersucht wird, zugrunde liegt, nach dem Recht beider Vertragsparteien eine Straftat darstellt.
- 4 Wenn eine Vertragspartei die Auslieferung oder gegenseitige Rechtshilfe bei Straftaten von der Existenz eines Vertrags abhängig macht, ein Gesuch um Auslieferung oder um Rechtshilfe von einer Vertragspartei erhält, mit der sie keinen solchen Vertrag abgeschlossen hat, kann sie unter Einhaltung all ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen und in Einklang mit allen in ihrer innerstaatlichen Rechtsprechung vorgesehenen Bedingungen dieses Übereinkommen als rechtliche Grundlage für die Auslieferung oder die gegenseitige Rechtshilfe bei Vergehen im Hinblick auf die unter den Artikeln 15 bis 17 dieses Übereinkommens erwähnten Straftaten betrachten.

Artikel 27 – Weitere Massnahmen für die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Prävention

- 1 Jede Vertragspartei bemüht sich gegebenenfalls darum, die Prävention von und den Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben in unterstützende Programme zum Nutzen von Drittstaaten einzubinden.

Artikel 28 – Internationale Zusammenarbeit mit internationalen Sportorganisationen

- 1 Jede Vertragspartei arbeitet in Übereinstimmung mit ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung im Kampf gegen die Manipulation von Sportwettbewerben mit internationalen Sportorganisationen zusammen.

Kapitel VIII – Weiterverfolgung

Artikel 29 – Auskunftserteilung

- 1 Jede Vertragspartei übermittelt dem Generalsekretär des Europarats in einer der offiziellen Sprachen des Europarats sämtliche relevanten Informationen betreffend die durch sie getroffenen gesetzgeberischen und anderweitigen Massnahmen zum Zweck der Erfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens.

Artikel 30 Begleitausschuss des Übereinkommens

- 1 Im Sinne dieses Übereinkommens wird hiermit ein Begleitausschuss des Übereinkommens gebildet.
- 2 Jede Vertragspartei ist im Begleitausschuss des Übereinkommens mit einem oder mehreren Delegierten

vertreten, einschliesslich Vertreter von Behörden, die für Sport zuständig sind, oder von Vollstreckungs- oder Wett-Regulierungsbehörden. Jede Vertragspartei hat eine Stimme.

- 3 Die Parlamentarische Versammlung des Europarats sowie andere relevante zwischenstaatliche Ausschüsse des Europarats ernennen jeweils einen Vertreter in den Begleitausschuss des Übereinkommens, um zu einem multisektoralen und interdisziplinären Ansatz beizutragen. Der Begleitausschuss des Übereinkommens kann, sofern erforderlich, durch einstimmigen Beschluss einen Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist sowie jede internationale Organisation oder Stelle dazu einladen, einen Beobachter zu seinen Treffen zu entsenden. Vertreter, die aufgrund des vorliegenden Absatzes benannt werden, nehmen an den Treffen des Begleitausschusses des Übereinkommens teil, verfügen jedoch nicht über ein Stimmrecht.
- 4 Die Treffen des Begleitausschusses des Übereinkommens werden vom Generalsekretär des Europarates einberufen. Das erste Treffen findet so schnell wie es vernünftig und praktikabel ist, statt, in jedem Fall innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens. Die darauffolgenden Treffen finden statt, sobald mindestens ein Drittel der Vertragsparteien oder der Generalsekretär ein Treffen einberufen.
- 5 Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens verfasst und beschliesst der Begleitausschuss des Übereinkommens seine Verfahrensregeln im Konsens.
- 6 Der Begleitausschuss des Übereinkommens wird bei der Ausübung seiner Funktionen vom Sekretariat des Europarats unterstützt.

Artikel 31 – Funktionen des Begleitausschusses des Übereinkommens

- 1 Der Begleitausschuss des Übereinkommens ist verantwortlich für die Weiterverfolgung der Umsetzung dieses Übereinkommens.
- 2 Der Begleitausschuss des Übereinkommens übernimmt und ändert die Liste der Sportorganisationen, die unter Artikel 3.2 erwähnt wird, und gewährleistet, dass diese in angemessener Weise veröffentlicht wird.
- 3 Der Begleitausschuss des Übereinkommens kann insbesondere:
 - a Empfehlungen betreffend Massnahmen an die Vertragsparteien abgeben, die zum Zweck des Übereinkommens und im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit getroffen werden müssen;
 - b sofern angemessen, nach der Veröffentlichung von angemessenen Unterlagen und nach vorhergehender Abklärung mit den Vertretern von Sportorganisationen und Sportwettanbietern, Empfehlungen zu folgenden Aspekten an die Vertragsparteien abgeben:
 - die Kriterien, die von den Sportorganisationen und Sportwettanbietern erfüllt werden müssen, um den unter Artikel 12.1 dieses Übereinkommens erwähnten Informationsaustausch nutzen zu können;
 - andere Wege, um die operative Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden, Sportorganisationen und Sportwettanbietern aufgrund dieses Übereinkommens zu verbessern;
 - c relevante internationale Organisationen und die Öffentlichkeit über die Aktivitäten im Rahmen dieses Übereinkommens informieren;
 - d eine Stellungnahme für das Ministerkomitee in Bezug auf das Gesuch eines Nichtmitgliedstaates des Europarates, vom Ministerkomitee zur Unterzeichnung des Übereinkommens im Sinne von Artikel 32.2 eingeladen zu werden, ausarbeiten;
- 4 Der Begleitausschuss des Übereinkommens kann in Erfüllung seiner Aufgaben auf eigene Initiative Expertentreffen einberufen.
- 5 Der Begleitausschuss des Übereinkommens plant mit vorheriger Zustimmung der betreffenden

Vertragsparteien Besuche bei den Vertragsparteien.

Kapitel IX – Schlussbestimmungen

Artikel 32 – Unterzeichnung und Inkrafttreten

- 1 Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, die Mitgliedstaaten der Europäischen Kulturkonvention, die Europäische Union, die Nichtmitgliedstaaten, die sich an seiner Ausarbeitung beteiligt haben oder die im Europarat einen Beobachterstatus haben, zur Zeichnung auf.
- 2 Dieses Übereinkommen liegt ebenfalls für jegliche anderen Nichtmitgliedstaaten des Europarats auf Einladung durch das Ministerkomitee zur Zeichnung auf. Der Beschluss, einen Nichtmitgliedstaat zur Zeichnung dieses Übereinkommens einzuladen, wird von der Mehrheit aufgrund von Artikel 20.d der Satzungen des Europarats, und durch die einstimmige Zustimmung der Vertreter der Vertragsparteien, die Anspruch auf einen Sitz im Ministerkomitee haben, gefasst, nach Konsultation des Begleitausschusses des Übereinkommens, sobald dieser eingesetzt worden ist.
- 3 Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.
- 4 Dieses Übereinkommens tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Unterzeichner, darunter mindestens drei Mitgliedstaaten des Europarats, nach den Bestimmungen von Absatz 1, 2 und 3 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein.
- 5 Drückt ein unterzeichnender Staat oder die Europäische Union seine oder ihre Zustimmung, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, später aus, so tritt sie für ihn oder sie am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Datum seiner oder ihrer Zustimmung in Kraft, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Absatz 1, 2 und 3.
- 6 Eine Vertragspartei, die nicht Mitglied des Europarats ist, trägt zur Finanzierung des Begleitausschusses des Übereinkommens auf eine vom Ministerkomitee zu bestimmende Weise nach Konsultation mit der betreffenden Vertragspartei bei.

Artikel 33 – Wirkung auf das Übereinkommen und Beziehung mit anderen völkerrechtlichen Übereinkünften

- 1 Dieses Übereinkommen lässt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen und multilateralen Übereinkünften unberührt. Es hat insbesondere keinen Einfluss auf die Rechte und Pflichten aufgrund von anderen, zu einem früheren Zeitpunkt abgeschlossenen Übereinkommen hinsichtlich der Dopingbekämpfung, vorausgesetzt, dass diese Vereinbarungen mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens in Einklang stehen.
- 2 Dieses Übereinkommen ergänzt insbesondere, sofern zutreffend, die geltenden multilateralen oder bilateralen Verträge zwischen den Vertragsparteien, einschliesslich die Bestimmungen:
 - a des Europäischen Auslieferungsübereinkommens (1957, SEV-Nr. 24);
 - b des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (1959, SEV-Nr. 30);
 - c des Übereinkommens über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (1990, SEV-Nr. 141);
 - d des Übereinkommens des Europarats über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (2005, SEV-Nr. 198).
- 3 Die Vertragsparteien des Übereinkommens können miteinander bilaterale oder multilaterale Verträge zu

Angelegenheiten abschliessen, die in diesem Übereinkommen behandelt werden, um die betreffenden Bestimmungen zu stärken oder die Anwendung der hierin verankerten Grundsätze zu erleichtern.

- 4 Haben zwei oder mehr Vertragsparteien bereits einen Vertrag über Fragen geschlossen, die in diesem Übereinkommen geregelt sind, oder haben sie ihre Beziehungen in diesen Fragen anderweitig geregelt, so sind sie auch berechtigt, den Vertrag oder die entsprechenden Regelungen anzuwenden. Regeln Vertragsparteien ihre Beziehungen in den in diesem Übereinkommen geregelten Fragen jedoch anders als hierin vorgesehen, so tun sie dies in einer Weise, die nicht in Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen des Übereinkommens steht.
- 5 Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es Bestimmungen, die sich auf andere Rechte, Einschränkungen, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Vertragsparteien auswirken

Artikel 34 – Bedingungen und Garantien

- 1 Jede Vertragspartei stellt sicher, dass für die Schaffung, Umsetzung und Anwendung der in den Kapiteln II bis VII vorgesehenen Befugnisse und Verfahren Bedingungen und Garantien ihres innerstaatlichen Rechts gelten, die einen angemessenen Schutz der Menschenrechte und Freiheiten einschliesslich der Rechte vorsehen, sich aus ihren Verpflichtungen nach dem Übereinkommen des Europarats zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, dem Internationalen Pakt der Vereinten Nationen von 1966 über bürgerliche und politische Rechte und anderen anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften auf dem Gebiet der Menschenrechte ergeben, und zu denen der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gehören muss.
- 2 Solche Voraussetzungen und Garantien beinhalten, sofern aufgrund der Natur des betreffenden Verfahrens oder des Rechts angemessen, unter anderem eine gerichtliche oder andere unabhängige Aufsichtsbehörde, Richtlinien, welche die Anwendung rechtfertigen, sowie die Begrenzung des Umfangs und der Dauer eines solchen Rechts oder Verfahrens.
- 3 In dem Masse, indem dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar ist, insbesondere mit Erfordernissen der geordneten Rechtspflege, betrachtet jede Vertragspartei die Wirkung dieser Rechte und Verfahren in diesen Kapiteln als Rechte, Pflichten und legitime Interessen von Dritt-Vertragsparteien.

Artikel 35 – Räumlicher Geltungsbereich

- 1 Jeder Staat oder die Europäische Union kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner beziehungsweise ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.
- 2 Jede Vertragspartei kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist, oder in dessen Namen sie ermächtigt ist, Verpflichtungen einzugehen. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.
- 3 Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 36 – Klausel für Bundesstaaten

- 1 Ein Bundesstaat kann sich das Recht vorbehalten, die Verpflichtungen laut Kapiteln II, IV, V und VI dieses Übereinkommens zu erfüllen, soweit dies mit den wesentlichen Grundsätzen, die das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Bundesstaaten oder anderen vergleichbaren Territorien regelt, vereinbar ist, sofern er noch immer in der Lage ist, die Zusammenarbeit aufgrund der Kapitel III und VII zu gewährleisten.

- 2 Im Falle des Anbringens eines Vorbehalts nach Absatz 1 kann ein Bundesstaat die Bedingungen dieses Vorbehalts nicht anwenden, um seine Verpflichtungen aufgrund von Kapitel III und VII auszuschliessen oder massgeblich einzuschränken. Der betreffende Staat gibt sich auf jeden Fall umfassende Mittel in die Hand, um eine einheitliche und wirksame Durchsetzung der genannten Massnahmen zu gewährleisten.
- 3 Hinsichtlich derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens, für deren Anwendung die Gliedstaaten oder anderen gleichartigen Gebietseinheiten die Gesetzgebungszuständigkeit besitzen, ohne nach der Verfassungsordnung des Bundes zum Erlass von Rechtsvorschriften verpflichtet zu sein, bringt die Bundesregierung den zuständigen Stellen dieser Staaten die genannten Bestimmungen befürwortend zur Kenntnis und ermutigt sie, geeignete Massnahmen zu treffen, um sie umzusetzen.

Artikel 37 – Vorbehalte

- 1 Durch eine schriftliche Notifikation an den Generalsekretär des Europarats kann jeder Staat oder die Europäische Union zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder der Hinterlegung seiner beziehungsweise ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde erklären, dass er oder sie von der Möglichkeit des Vorbehalts, der unter Artikel 19, Absatz 2 und unter Artikel 36, Absatz 1, erwähnt wird, Gebrauch macht. Andere Vorbehalte sind nicht möglich.
- 2 Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt aufgrund von Absatz 1 geäussert hat, kann diesen gänzlich oder teilweise über eine Notifikation an den Generalsekretär des Europarats zurückziehen. Ein solcher Rückzug tritt im Tage des Erhalts der Notifikation durch den Generalsekretär in Kraft. Wenn die Notifikation besagt, dass der Rückzug einer Reservierung an dem darin erwähnten Datum in Kraft treten soll, und dieses Datum zu einem späteren Zeitpunkt angesiedelt ist als das Datum, an dem die Notifikation beim Generalsekretär eingegangen ist, tritt der Rückzug am späteren Datum in Kraft.
- 3 Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt angebracht hat, zieht diesen, sobald es die Umstände erlauben, teilweise oder gänzlich zurück.
- 4 Der Generalsekretär des Europarats kann die Vertragsparteien, die eine oder mehrere Vorbehalte angebracht haben, in regelmässigen Abständen um Informationen zu der Möglichkeit eines Rückzugs von einem oder von mehreren Vorbehalten anfragen.

Artikel 38 – Änderungen

- 1 Änderungsvorschläge betreffend Artikel dieses Übereinkommens können von jeder Vertragspartei, dem Begleitausschuss des Übereinkommens oder dem Ministerkomitee des Europarates unterbreitet werden.
- 2 Jeder Änderungsvorschlag wird an den Generalsekretär des Europarats übermittelt, der ihn an die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten des Europarats, an die Nichtmitgliedstaaten, die an der Ausarbeitung dieses Übereinkommens beteiligt waren oder den Beobachterstatus im Europarat oder in der Europäischen Union haben, an jeden zur Unterzeichnung des Übereinkommens eingeladenen Staat sowie an den Begleitausschuss des Übereinkommens spätestens zwei Monate vor dem Treffen, an dem er geprüft werden soll, übermittelt. Der Begleitausschuss des Übereinkommens unterbreitet dem Ministerkomitee seine Stellungnahme zu dem Änderungsvorschlag.
- 3 Das Ministerkomitee prüft den Änderungsvorschlag und die vom Begleitausschuss des Übereinkommens unterbereitete Stellungnahme und kann nach Annahme durch die in Artikel 20.d der Satzungen des Europarats vorgesehene Mehrheit die Änderung beschliessen.
- 4 Der Wortlaut jeder vom Ministerkomitee nach Absatz 3 dieses Artikels beschlossenen Änderung wird den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.
- 5 Jede nach Absatz 3 dieses Artikels beschlossene Änderung tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem die Vertragsparteien dem Generalsekretär mitgeteilt haben, dass sie diese aufgrund ihrer internen Verfahren angenommen haben.

- 6 Wenn eine Änderung vom Ministerkomitee beschlossen, aber in Übereinstimmung mit Absatz 5 noch nicht in Kraft getreten ist, kann ein Staat oder die Europäische Union seine, respektive ihre Zustimmung, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, nicht abgeben, ohne gleichzeitig der Änderung zuzustimmen.

Artikel 39 – Beilegung von Streitigkeiten

- 1 Der Begleitausschuss des Übereinkommens wird, in enger Zusammenarbeit mit den relevanten zwischenstaatlichen Komitees des Europarats, über jegliche Probleme bei der Auslegung und Anwendung dieses Übereinkommens informiert.
- 2 Im Fall einer Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien im Hinblick auf die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens sind diese bestrebt, eine gütliche Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlungen, Schlichtung, Schiedsgericht oder eine andere friedliche Art der Beilegung ihrer Wahl zu erreichen.
- 3 Das Ministerkomitee des Europarats kann ein Streitbeilegungsverfahren vorsehen, dass von den Vertragsparteien mit deren Zustimmung bei einem Streitfall genutzt werden kann.

Artikel 40 – Kündigung

- 1 Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Kündigung kündigen.
- 2 Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 41 – Notifikation

- 1 Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Vertragsparteien, den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Mitgliedstaaten des Europäischen Kulturabkommens, den Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt oder beim Europarat Beobachterstatus haben, der Europäischen Union und jedem in Übereinstimmung mit Artikel 32 zur Unterzeichnung des Übereinkommens eingeladenen Staat:
 - a jede Unterzeichnung;
 - b jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme oder Genehmigungsurkunde;
 - c jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 32;
 - d jeglicher Vorbehalt und jeglichen Rückzug eines Vorbehalts nach Artikel 37;
 - e jede Erklärung in Einklang mit Artikel 9 und 13;
 - f jegliche andere Handlung Notifikation oder Mitteilung in Zusammenhang mit dem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Magglingen in Magglingen/Macolin, am 18. September 2014 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung dieses Übereinkommens beteiligt haben oder beim Europarat Beobachterstatus haben, der Europäischen Gemeinschaft und allen zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Verdrag van de Raad van Europa inzake de manipulatie van sportwedstrijden

Preambule

De lidstaten van de Raad van Europa en de andere ondertekenaars van dit Verdrag,

Overwegend dat het doel van de Raad van Europa is het tot stand brengen van een grotere eenheid tussen zijn leden;

Overwegend het Actieplan van de derde top van staatshoofden en regeringsleiders van de Raad van Europa (Warschau, 16-17 mei 2005) waarin wordt aanbevolen de activiteiten van de Raad van Europa voort te zetten die fungeren als referentie op het gebied van sport;

Overwegend dat het nodig is een algemeen Europees en mondiaal kader te ontwikkelen voor de ontwikkeling van sport gebaseerd op de begrippen pluralistische democratie, rechtsstaat, mensenrechten en sportethiek;

Ervan doordrongen dat elk land en elk type sport ter wereld een mogelijk doelwit kan zijn van de manipulatie van sportwedstrijden en benadrukkend dat dit verschijnsel wereldwijd een bedreiging vormt voor de integriteit van sport en een mondiaal antwoord vergt dat ook dient te worden ondersteund door staten die geen lid zijn van de Raad van Europa;

Blijk gevend van hun bezorgdheid over het feit dat er sprake is van criminele activiteiten en in het bijzonder georganiseerde misdaad bij de manipulatie van sportwedstrijden en over het transnationale karakter ervan;

Herinnerend aan het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden (1950, ETS nr. 5) en de protocollen daarbij, de Europese Overeenkomst inzake gewelddadigheden door en wangedrag van toeschouwers rond sportevenementen en in het bijzonder rond voetbalwedstrijden (1985, ETS nr. 120), de Overeenkomst ter bestrijding van doping (1989, ETS nr. 135), het Verdrag inzake de strafrechtelijke bestrijding van corruptie (1999, ETS nr. 173) en het Verdrag van de Raad van Europa inzake het witwassen, de opsporing, de inbeslagneming en de confiscatie van opbrengsten van misdrijven en de financiering van terrorisme (2005, CETS, nr. 198);

Herinnerend aan het Verdrag van de Verenigde Naties tegen grensoverschrijdende georganiseerde misdaad (2000) en de protocollen daarbij;

Tevens in herinnering roepend het Verdrag van de Verenigde Naties tegen corruptie (2003);

Wijzend op het belang van onverwijld en effectief onderzoek naar de strafbare feiten onder hun rechtsmacht;

Wijzend op de sleutelrol van de Internationale Politie Organisatie (Interpol) bij het faciliteren van effectieve samenwerking tussen de rechtshandhavende autoriteiten in aanvulling op de samenwerking tussen de gerechtelijke autoriteiten;

Benadrukkend dat sportorganisaties de verantwoordelijkheid dragen voor het ontdekken en instellen van sancties op de manipulatie van sportwedstrijden door personen die onder hun bevoegdheid vallen;

Erkennend de reeds behaalde resultaten in de strijd tegen de manipulatie van sportwedstrijden;

Ervan overtuigd dat de effectieve bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden meer, snellere, duurzame en naar behoren functionerende nationale en internationale samenwerking vergt;

Gelet op de aanbevelingen van het Comité van Ministers aan de lidstaten Rec(92)13rev inzake het herziene Europees Handvest inzake sport; CM/Rec(2010)9 inzake de herziene code voor sportethiek; Rec(2005)8 inzake de beginselen van goed bestuur in sport en CM/Rec(2011)10 inzake het bevorderen van integriteit in de sport om de manipulatie van uitslagen te bestrijden, met name matchfixing;

In het licht van het werk en de conclusies van de volgende conferenties:

- de 11e conferentie van de ministers van de Raad van Europa belast met Sport, gehouden in Athene op 11 en 12 december 2008;
- de 18e informele conferentie van de ministers van de Raad van Europa belast met Sport (Bakoe, 22 september 2010) inzake de bevordering van de integriteit in de sport tegen de manipulatie van uitslagen (matchfixing);
- de 12e conferentie van de ministers van de Raad van Europa belast met Sport (Belgrado, 15 maart 2012) in het bijzonder met betrekking tot het formuleren van een nieuw internationaal juridisch instrument tegen de manipulatie van sportuitslagen;
- de vijfde internationale UNESCO-conferentie van ministers en hoge ambtenaren verantwoordelijk voor lichamelijke opvoeding en sport (MINEPS V);

Ervan overtuigd dat de dialoog en samenwerking tussen de publieke autoriteiten, sportorganisaties, wedstrijdorganisatoren en exploitanten van sportweddenschappen op nationaal en internationaal niveau op basis van wederzijds respect en vertrouwen essentieel zijn voor het zoeken naar effectieve gemeenschappelijke antwoorden op de uitdagingen die het probleem van de manipulatie van sportwedstrijden met zich brengt;

Erkennend dat sport op basis van eerlijke en gelijkwaardige competitie inherent onvoorspelbaar is en vereist dat onethische praktijken en gedragingen binnen de sport met kracht en effectief dienen te worden bestreden;

Hun overtuiging benadrukkend dat consistente toepassing van de beginselen van goed bestuur en ethiek in de sport een wezenlijke factor is die bijdraagt aan het uitbannen van corruptie, de manipulatie van sportwedstrijden en andere wanpraktijken in de sport;

Erkennend dat in overeenstemming met het beginsel van de autonomie van de sport, sportorganisaties verantwoordelijk zijn voor de sport en voor de zelfregulering en disciplinerende bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden, maar dat de publieke autoriteiten waar nodig de integriteit van de sport beschermen;

Erkennend dat de ontwikkeling van sportweddenschappen, in het bijzonder illegale sportweddenschappen, het risico van manipulatie bevordert;

Overwegend dat de manipulatie van sportwedstrijden al dan niet in verband kan staan met sportweddenschappen en al dan niet met strafbare feiten maar in alle gevallen dient te worden aangepakt;

De discretionaire bevoegdheden in acht nemend die staten genieten binnen het kader van het toepasselijke recht tot besluiten over beleid inzake sportwedenschappen,

Zijn het volgende overeengekomen:

HOOFDSTUK I

DOEL, RICHTSNOEREN, BEGRIPSOMSCHRIJVINGEN

Artikel 1

Doel en voornaamste doelstellingen

1. Het doel van dit Verdrag is de manipulatie van sportwedstrijden te bestrijden teneinde de integriteit van de sport en de ethiek in de sport te beschermen in overeenstemming met het beginsel van de autonomie van de sport.
2. Daartoe zijn de voornaamste doelstellingen van dit Verdrag:
 - a. het voorkomen, opsporen en bestraffen van nationale of transnationale manipulatie van nationale en internationale sportwedstrijden;
 - b. het stimuleren van nationale en internationale samenwerking tegen de manipulatie van sportwedstrijden tussen de betrokken publieke autoriteiten alsmede de organisaties die betrokken zijn bij sport en sportwedenschappen.

Artikel 2

Richtsnoeren

1. Bij de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden dient de eerbiediging van onder meer de volgende beginselen te worden gewaarborgd:
 - a. mensenrechten;
 - b. legaliteit;
 - c. proportionaliteit;
 - d. bescherming van de persoonlijke levenssfeer en persoonsgegevens.

Artikel 3

Begripsomschrijvingen

Voor de toepassing van dit Verdrag wordt verstaan onder:

1. “sportwedstrijd” elk sportevenement georganiseerd in overeenstemming met de regels vastgesteld door een sportorganisatie vermeld door het Comité voor de follow-up van het Verdrag in

overeenstemming met artikel 31, tweede lid, en erkend door een internationale sportorganisatie of indien van toepassing een andere bevoegde sportorganisatie.

2. “sportorganisatie” elke organisatie die belast is met het bestuur op het gebied van sport of een specifieke sport en die voorkomt op de lijst aangenomen door het Comité voor de follow-up van het Verdrag in overeenstemming met artikel 31, tweede lid, indien nodig met inbegrip van aan haar gelieerde continentale en nationale organisaties.

3. “wedstrijdorganisator” elke sportorganisatie of andere entiteit, ongeacht de rechtsvorm, die sportwedstrijden organiseert.

4. “manipulatie van sportwedstrijden” opzettelijke regelingen, handelingen of het nalaten te handelen gericht op het ongeoorloofd wijzigen van de uitslagen of het verloop van sportwedstrijden, teneinde het onvoorspelbare karakter van deze sportwedstrijden geheel of gedeeltelijk teniet te doen met het oog op het verkrijgen van een niet-gerechtvaardigd voordeel voor zichzelf of derden.

5. “sportweddenschap” het plaatsen van een inzet van geldswaarde met de verwachting een prijs van geldswaarde te winnen afhankelijk van een toekomstige en onzekere gebeurtenis die betrekking heeft op een sportwedstrijd. In het bijzonder:

a. wordt verstaan onder “illegale sportweddenschap” een weddenschap waarvan de vorm of exploitant niet is toegestaan volgens het toepasselijke recht van het rechtsgebied waar de consument zich bevindt;

b. wordt verstaan onder “ongebruikelijke sportweddenschap” elke sportweddenschap die onverenigbaar is met de gebruikelijke of verwachte patronen op de desbetreffende markt of verband houdt met een weddenschap op een sportwedstrijd waarvan het verloop ongebruikelijke kenmerken vertoont;

c. wordt verstaan onder “verdachte sportweddenschap” elke sportweddenschap die op grond van betrouwbaar en consistent bewijs verband lijkt te houden met manipulatie van de sportwedstrijd waarvoor deze wordt aangeboden.

6. “belanghebbende bij een wedstrijd” elke natuurlijke of rechtspersoon die behoort tot een van de volgende categorieën:

a. “sporter” elke persoon of groep personen die deelneemt aan sportwedstrijden;

b. “begeleiders van sporters” coaches, trainers, managers, zaakwaarnemers, teammedewerkers, teamofficials, medisch of paramedisch personeel met wie een sporter die deelneemt aan of zich voorbereidt op deelname aan een sportwedstrijd samenwerkt of door wie deze wordt behandeld en alle overige personen die werken met de sporters;

c. “official” een persoon die eigenaar, aandeelhouder, leidinggevende of medewerker is van een entiteit die sportwedstrijden organiseert en bevordert, alsook scheidsrechters, juryleden en anderszins geaccrediteerde personen. Het begrip heeft ook betrekking op leidinggevend en medewerkers van de internationale sportorganisatie, of indien van toepassing, een andere bevoegde sportorganisatie die de wedstrijd erkent.

7. “voorkennis” informatie die betrekking heeft op een wedstrijd en waarover een persoon uit hoofde van zijn positie met betrekking tot een sport of wedstrijd beschikt, met uitzondering van informatie die reeds gepubliceerd of algemeen bekend is, eenvoudig toegankelijk is voor geïnteresseerde

leden van het publiek of bekendgemaakt wordt in overeenstemming met de regels en voorschriften die van toepassing zijn op de desbetreffende wedstrijd.

HOOFDSTUK II

PREVENTIE, SAMENWERKING EN ANDERE MAATREGELEN

Artikel 4

Nationale coördinatie

1. Elke partij coördineert het beleid en de maatregelen van alle publieke autoriteiten die betrokken zijn bij de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden.
2. Elke partij moedigt binnen haar rechtsgebied sportorganisaties, wedstrijdorganisatoren en exploitanten van sportweddenschappen aan samen te werken bij de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden en vertrouwt hun, indien van toepassing, de uitvoering van de relevante bepalingen van dit Verdrag toe.

Artikel 5

Risicobeoordeling en risicomanagement

1. Elke partij identificeert, analyseert en evalueert - indien van toepassing in samenwerking met sportorganisaties, wedstrijdorganisatoren en exploitanten van sportweddenschappen en andere relevante organisaties - de risico's die verband houden met de manipulatie van sportwedstrijden.
2. Elke partij moedigt sportorganisaties, exploitanten van sportweddenschappen, wedstrijdorganisatoren, en andere betrokken organisaties aan procedures en regels vast te stellen teneinde de manipulatie van sportwedstrijden te bestrijden en, indien van toepassing, neemt de daartoe benodigde wetgevende of andere maatregelen.

Artikel 6

Voorlichting en bewustwording

1. Elke partij moedigt bewustwording, voorlichting, training en onderzoek aan ter versterking van de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden.

Artikel 7

Sportorganisaties en wedstrijdorganisatoren

1. Elke partij moedigt sportorganisaties en wedstrijdorganisatoren aan regels aan te nemen en te implementeren ter bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden alsmede beginselen van goed bestuur, die onder meer betrekking hebben op:

- a. het voorkomen van belangenverstrengeling, onder meer door:
 - belanghebbenden bij wedstrijden te verbieden weddenschappen te sluiten ter zake van de wedstrijden waarbij zij betrokken zijn;
 - misbruik of verspreiden van voorkennis te verbieden;
 - b. nakoming door sportorganisaties en hun gelieerde leden van al hun contractuele en andere verplichtingen;
 - c. de eis dat belanghebbenden bij een wedstrijd onmiddellijk alle verdachte activiteiten, incidenten, prikkels of handelwijzen melden die kunnen worden aangemerkt als een inbreuk op de regels tegen de manipulatie van sportwedstrijden.
2. Elke partij moedigt sportorganisaties aan passende maatregelen te nemen en te implementeren teneinde te waarborgen dat:
- a. het verloop van sportwedstrijden waarbij het gevaar van manipulatie dreigt intensiever en effectief gemonitord wordt;
 - b. regelingen worden getroffen zodat verdachte activiteiten die verband houden met de manipulatie van sportwedstrijden onverwijld gemeld worden aan de relevante publieke autoriteiten of een nationaal platform;
 - c. er effectieve mechanismen ingesteld zijn die de bekendmaking van alle informatie betreffende mogelijke of feitelijke gevallen van manipulatie van sportwedstrijden mogelijk maken, met inbegrip van adequate bescherming van klokkenluiders;
 - d. de bewustwording onder belanghebbenden bij wedstrijden, met inbegrip van jonge sporters, van het risico van manipulatie van sportwedstrijden en pogingen die te bestrijden, wordt bevorderd via voorlichting, training en de verspreiding van informatie;
 - e. de desbetreffende officials voor een sportwedstrijd, met name juryleden en scheidsrechters, in een zo laat mogelijk stadium worden benoemd.
3. Elke partij moedigt haar sportorganisaties en via hen de internationale sportorganisaties aan specifieke, effectieve, proportionele en ontmoedigende disciplinaire sancties en maatregelen te hanteren bij overtredingen van hun interne regels tegen de manipulatie van sportwedstrijden, in het bijzonder de maatregelen bedoeld in het eerste lid van dit artikel, alsmede de wederzijdse erkenning en uitvoering van door andere sportorganisaties opgelegde sancties, in het bijzonder in andere landen, te waarborgen.
4. Door sportorganisaties vastgestelde tuchtrechtelijke verantwoordelijkheid sluit geen strafrechtelijke, civiele of bestuursrechtelijke verantwoordelijkheid uit.

Artikel 8

Maatregelen ten aanzien van de financiering van sportorganisaties

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig kunnen zijn voor het waarborgen van voldoende transparantie omtrent de financiering van sportorganisaties die financieel ondersteund worden door die partij.
2. Elke partij overweegt de mogelijkheid sportorganisaties te helpen bij de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden, met inbegrip van de financiering van passende mechanismen.
3. Elke partij overweegt zo nodig financiële ondersteuning te onthouden, of sportorganisaties uit te nodigen financiële ondersteuning te onthouden, aan belanghebbenden bij wedstrijden aan wie sancties zijn opgelegd wegens de manipulatie van sportwedstrijden, zolang de sancties duren.
4. Indien van toepassing neemt elke partij stappen teneinde financiële of andere aan sport gerelateerde ondersteuning geheel of gedeeltelijk te onthouden aan sportorganisaties die de voorschriften voor de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden niet effectief toepassen.

Artikel 9

Maatregelen ten aanzien van de regelgevende autoriteit op het gebied van weddenschappen of andere verantwoordelijke autoriteiten

1. Elke partij wijst een of meer verantwoordelijke autoriteiten aan die binnen de rechtsorde van de partij belast wordt of worden met de implementatie van de regelgeving omtrent sportweddenschappen en met de toepassing van de relevante maatregelen ter bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden met betrekking tot sportweddenschappen, indien van toepassing met inbegrip van:
 - a. de tijdige uitwisseling van informatie met andere relevante autoriteiten of een nationaal platform voor illegale, ongebruikelijke of verdachte sportweddenschappen, alsmede overtredingen van de voorschriften bedoeld in of vastgesteld in overeenstemming met dit Verdrag;
 - b. de beperking van het aanbod aan sportweddenschappen na overleg met de nationale sportorganisaties en exploitanten van sportweddenschappen, waarbij met name sportwedstrijden worden uitgesloten:
 - die bedoeld zijn voor personen jonger dan 18; of
 - waarbij de organisatorische omstandigheden en/of sportieve belangen ontoereikend geregeld zijn;
 - c. het vooraf verstrekken van informatie over de soorten en onderwerpen van producten op het gebied van sportweddenschappen aan wedstrijdorganisatoren ter ondersteuning van hun pogingen tot het identificeren en beheersen van de risico's van de manipulatie van sport binnen hun competitie;
 - d. het systematisch gebruik bij sportweddenschappen van betaalmogelijkheden waarbij financiële stromen boven een bepaalde door elke partij vastgestelde drempel en in het bijzonder de afzenders, ontvangers en de bedragen kunnen worden gevolgd;
 - e. mechanismen in samenwerking met en tussen sportorganisaties en, indien van toepassing, exploitanten van sportweddenschappen teneinde te voorkomen dat belanghebbenden bij wedstrijden sportweddenschappen aangaan die in strijd zijn met de desbetreffende sportregels of het toepasselijke recht;

f. het schorsen van weddenschappen volgens het nationale recht op wedstrijden waarvoor een relevante waarschuwing is afgegeven.

2. Elke partij doet de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa de naam en het adres toekomen van de autoriteit of autoriteiten aangewezen uit hoofde van het eerste lid van dit artikel.

Artikel 10

Exploitanten van sportweddenschappen

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig kunnen zijn om belangenverstrengeling en misbruik van voorkennis door natuurlijke personen of rechtspersonen die betrokken zijn bij het aanbieden van producten op het gebied van sportweddenschappen te voorkomen, in het bijzonder via het beperken van de mogelijkheid:

a. voor natuurlijke personen of rechtspersonen, die betrokken zijn bij het aanbieden van producten op het gebied van sportweddenschappen, om te wedden op hun eigen producten;

b. om misbruik te maken van de positie als sponsor of mede-eigenaar van een sportorganisatie teneinde manipulatie van een sportwedstrijd of misbruik van voorkennis mogelijk te maken;

c. voor belanghebbenden bij wedstrijden, om een aandeel te hebben in het vaststellen van de noteringen van weddenschappen voor wedstrijden waarbij zij betrokken zijn;

d. voor exploitanten van sportweddenschappen die wezenlijke invloed uitoefenen op wedstrijdorganisatoren of belanghebbenden bij wedstrijden, alsmede exploitanten van sportweddenschappen waarop wedstrijdorganisatoren of belanghebbenden bij wedstrijden wezenlijke invloed uitoefenen, om weddenschappen aan te bieden voor wedstrijden waarbij deze wedstrijdorganisatoren of belanghebbenden bij wedstrijden betrokken zijn.

2. Elke partij moedigt haar exploitanten van sportweddenschappen, en via hen de internationale organisaties van exploitanten van sportweddenschappen, aan onder hun eigenaren en medewerkers de bewustwording van de consequenties en de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden te bevorderen door middel van voorlichting, training en het verspreiden van informatie.

3. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig kunnen zijn om exploitanten van sportweddenschappen te verplichten onregelmatige of verdachte weddenschappen onverwijld te melden aan de regelgevende autoriteit op het gebied van weddenschappen, de overige verantwoordelijke autoriteit(en) of het nationale platform.

Artikel 11

De bestrijding van illegale sportweddenschappen

1. Ten behoeve van de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden onderzoekt elke partij de meest geschikte manieren om exploitanten van illegale sportweddenschappen aan te pakken en overweegt

zij het nemen van maatregelen in overeenstemming met het toepasselijke recht op het desbetreffende grondgebied, waaronder:

- a. het sluiten of direct en indirect beperken van de toegang tot exploitanten van illegale sportweddenschappen op afstand en het sluiten van exploitanten van landgebonden illegale sportweddenschappen onder de rechtsmacht van de partij;
- b. het blokkeren van de financiële stromen tussen consumenten en exploitanten van illegale sportweddenschappen;
- c. het verbieden van het adverteren voor exploitanten van illegale sportweddenschappen;
- d. het bevorderen van de bewustwording onder consumenten van de risico's van illegale sportweddenschappen.

HOOFDSTUK III

UITWISSELING VAN INFORMATIE

Artikel 12

Uitwisseling van informatie tussen de bevoegde publieke autoriteiten, sportorganisaties en exploitanten van sportweddenschappen

1. Onverminderd artikel 14 maakt elke partij op nationaal en internationaal niveau en in overeenstemming met haar nationale recht de uitwisseling van informatie mogelijk tussen de relevante publieke autoriteiten, sportorganisaties, wedstrijdorganisatoren, exploitanten van sportweddenschappen en nationale platforms. Elke partij verplicht zich in het bijzonder mechanismen in te stellen voor het delen van relevante informatie, met name het vooraf verstrekken van informatie aan de wedstrijdorganisatoren over de soorten en onderwerpen van producten op het gebied van weddenschappen, wanneer dergelijke informatie kan helpen bij de uitvoering van de risicoanalyses bedoeld in artikel 5 en bij het instellen of uitvoeren van onderzoek of procedures inzake de manipulatie van sportwedstrijden.
2. Op verzoek stelt de ontvanger van dergelijke informatie in overeenstemming met het nationale recht onverwijld de organisatie of de autoriteit die de informatie verstrekt in kennis van de follow-up naar aanleiding van de ontvangen informatie.
3. Elke partij onderzoekt mogelijkheden voor het ontwikkelen of verbeteren van de samenwerking en uitwisseling van informatie in het kader van de bestrijding van illegale sportweddenschappen zoals omschreven in artikel 11 van dit Verdrag.

Artikel 13

Nationaal platform

1. Elke partij wijst een nationaal platform aan voor de aanpak van de manipulatie van sportwedstrijden. In overeenstemming met het nationale recht zal het nationale platform onder meer:

- a. fungeren als centraal informatiepunt en informatie verzamelen en verspreiden onder de relevante organisaties en autoriteiten die relevant is voor de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden;
 - b. de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden coördineren;
 - c. informatie ontvangen, verzamelen en analyseren over onregelmatige en verdachte weddenschappen op sportwedstrijden die plaatsvinden op het grondgebied van de partij en waar nodig waarschuwingen doen uitgaan;
 - d. informatie over mogelijke overtredingen van de wetgeving of sportreglementen bedoeld in dit Verdrag toezenden aan de publieke autoriteiten of sportorganisaties en/of exploitanten van sportweddenschappen;
 - e. samenwerken met alle organisaties en relevante autoriteiten op nationaal en internationaal niveau, met inbegrip van de nationale platforms van andere staten.
2. Elke partij stelt de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa in kennis van de naam en de adressen van het nationale platform.

Artikel 14

Bescherming van persoonsgegevens

1. Elke partij neemt de wetgevende en andere maatregelen die nodig kunnen zijn om te waarborgen dat alle maatregelen tegen de manipulatie van sportwedstrijden voldoen aan de desbetreffende nationale en internationale wetgeving en normen inzake de bescherming van persoonsgegevens, in het bijzonder wat betreft de uitwisseling van informatie waarop dit Verdrag betrekking heeft.
2. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat de publieke autoriteiten en organisaties waarop dit Verdrag betrekking heeft de nodige maatregelen treffen teneinde te waarborgen dat bij het verzamelen, verwerken en uitwisselen van persoonsgegevens, ongeacht de aard van deze uitwisselingen, de beginselen van rechtmatigheid, adequaatheid, relevantie en accuraatheid evenals de veiligheid van de gegevens en rechten van de personen op wie de gegevens betrekking hebben naar behoren in acht worden genomen.
3. Elke partij bepaalt via haar wetgeving dat de publieke autoriteiten en organisaties waarop dit Verdrag betrekking heeft, verplicht zijn te waarborgen dat de uitwisseling van gegevens voor de toepassing van dit Verdrag niet verder reikt dan hetgeen minimaal nodig is ter verwezenlijking van de omschreven doelen van de uitwisseling.
4. Elke partij nodigt de diverse publieke autoriteiten en organisaties waarop dit Verdrag betrekking heeft uit de benodigde technische middelen te verschaffen teneinde de veiligheid, betrouwbaarheid en integriteit van de uitgewisselde gegevens te waarborgen evenals de beschikbaarheid en integriteit van de systemen voor de gegevensuitwisseling en de identificatie van de gebruikers ervan.

HOOFDSTUK IV

MATERIEEL STRAFRECHT EN SAMENWERKING TEN BEHOEVE VAN DE HANDHAVING

Artikel 15

Strafbare feiten die betrekking hebben op de manipulatie van sportwedstrijden

1. Elke partij ziet erop toe dat haar nationale wetgeving het mogelijk maakt de manipulatie van sportwedstrijden strafbaar te stellen indien daarbij gebruik wordt gemaakt van dwang, corruptie of frauduleuze praktijken zoals omschreven in haar nationale wetgeving.

Artikel 16

Witwassen van de opbrengsten van strafbare feiten die betrekking hebben op de manipulatie van sportwedstrijden

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig kunnen zijn om te waarborgen dat gedragingen bedoeld in artikel 9, eerste en tweede lid, van het Verdrag van de Raad van Europa inzake het witwassen, de opsporing, de inbeslagneming en confiscatie van opbrengsten van misdrijven en de financiering van terrorisme (2005, CETS nr. 198), in artikel 6, eerste lid, van het Verdrag van de Verenigde Naties tegen grensoverschrijdende georganiseerde misdaad (2000) of in artikel 23, eerste lid, van het Verdrag van de Verenigde Naties tegen corruptie (2003), onder de daarin bedoelde voorwaarden strafbaar worden gesteld in haar nationale wetgeving, indien het gronddelict dat leidt tot opbrengsten behoort tot de feiten omschreven in de artikelen 15 en 17 van dit Verdrag en in elk geval van afpersing, corruptie en fraude.
2. Bij de beslissing welke strafbare feiten als in het eerste lid genoemde gronddelicten dienen te worden gekwalificeerd, kan elke partij bepalen hoe zij in overeenstemming met haar nationale recht deze strafbare feiten alsmede de aard van specifieke elementen daarvan die hen tot ernstige strafbare feiten maken omschrijft.
3. Elke partij overweegt de manipulatie van sportwedstrijden op te nemen in haar kader ter voorkoming van het witwassen van geld door van de exploitanten van sportweddenschappen te verlangen dat zij vereisten van due diligence hanteren ten aanzien van klanten, registratie en rapportage.

Artikel 17

Deelneming en medeplichtigheid

1. Elke partij neemt de wetgevende en andere maatregelen die nodig kunnen zijn om de opzettelijke deelneming en medeplichtigheid aan elk van de overeenkomstig artikel 15 van dit Verdrag omschreven feiten strafbaar te stellen volgens haar nationale wetgeving.

Artikel 18

Strafrechtelijke aansprakelijkheid van rechtspersonen

1. Elke partij neemt de wetgevende en andere maatregelen die nodig kunnen zijn om zich ervan te vergewissen dat rechtspersonen aansprakelijk kunnen worden gesteld voor de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag, wanneer deze te hunner voordele zijn gepleegd door een natuurlijke persoon, handelend ofwel individueel ofwel als lid van een orgaan van de rechtspersoon, die binnen die rechtspersoon een leidinggevende functie vervult die gebaseerd is op:

- a. een bevoegdheid de rechtspersoon te vertegenwoordigen;
- b. de bevoegdheid in naam van de rechtspersoon beslissingen te nemen;
- c. de bevoegdheid binnen de rechtspersoon controle uit te oefenen.

2. Met inachtneming van de rechtsbeginselen van de partij kan deze aansprakelijkheid van een rechtspersoon strafrechtelijk, civielrechtelijk of bestuursrechtelijk zijn.

3. Afgezien van de reeds in het eerste lid voorziene gevallen, neemt elke partij de maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat een rechtspersoon aansprakelijk kan worden gesteld, wanneer het gebrek aan toezicht of controle van de zijde van een natuurlijke persoon als bedoeld in het eerste lid het plegen van een strafbaar feit bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag ten voordele van genoemde rechtspersoon door een aan diens gezag onderworpen natuurlijke persoon mogelijk heeft gemaakt.

4. Deze aansprakelijkheid geldt onverminderd de strafrechtelijke aansprakelijkheid van de natuurlijke personen die het strafbare feit hebben gepleegd.

HOOFDSTUK V

RECHTSMACHT, STRAFRECHTELIJKE PROCEDURE EN HANDHAVING

Artikel 19

Rechtsmacht

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig kunnen zijn om haar rechtsmacht te vestigen met betrekking tot de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag, indien een dergelijk strafbaar feit wordt gepleegd:

- a. op haar grondgebied; of
- b. aan boord van een schip dat onder haar vlag vaart; of
- c. aan boord van een overeenkomstig haar wetgeving ingeschreven luchtvaartuig; of
- d. door een van haar onderdanen of een persoon die gewoonlijk op haar grondgebied verblijft.

2. Elke staat of de Europese Unie kan, op het tijdstip van ondertekening of bij de nederlegging van zijn of haar akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring, door middel van een verklaring gericht aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa verklaren dat hij of zij zich het recht voorbehoudt de regels betreffende rechtsmacht vastgesteld in het eerste lid, onderdeel d, van dit artikel, niet toe te passen of slechts in specifieke gevallen of onder specifieke omstandigheden toe te passen.

3. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig zijn om haar rechtsmacht te vestigen met betrekking tot de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag in gevallen waarin een vermoedelijke dader zich op haar grondgebied bevindt en zij die persoon op grond van zijn of haar nationaliteit niet kan uitleveren aan een andere partij.

4. Wanneer meer dan een partij rechtsmacht opeist met betrekking tot een vermoedelijk strafbaar feit bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag, raadplegen de betrokken partijen, wanneer dat passend is, elkaar teneinde te bepalen wier rechtsmacht het meest geëigend is ten behoeve van vervolging.

5. Onverminderd de algemene regels van internationaal recht, sluit dit Verdrag geen strafrechtelijke, civiele en bestuursrechtelijke rechtsmacht uit in strafzaken die een partij in overeenstemming met haar nationale recht uitoefent.

Artikel 20

Maatregelen teneinde elektronisch bewijsmateriaal veilig te stellen

1. Elke partij neemt wetgevende of andere maatregelen om elektronisch bewijs veilig te stellen, onder meer door het met spoed bewaren van opgeslagen computergegevens, met spoed bewaren en bekendmaken van verkeersgegevens, bevelen tot het overleggen van stukken, opsporen van en beslag leggen op opgeslagen computergegevens, real-time verzamelen van verkeersgegevens en het onderscheppen van inhoudelijke gegevens in overeenstemming met haar nationale recht tijdens het onderzoek naar de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag.

Artikel 21

Beschermende maatregelen

1. Elke partij overweegt het nemen van de wettelijke maatregelen die nodig kunnen zijn voor het verschaffen van effectieve bescherming aan:

a. personen die te goeder trouw en op redelijke gronden informatie verschaffen over strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag of anderszins medewerking verlenen aan de met de opsporing of vervolging belaste autoriteiten;

b. getuigen die verklaringen afleggen ter zake van deze strafbare feiten;

c. indien noodzakelijk, familieleden van de in de onderdelen a en b bedoelde personen.

HOOFDSTUK VI

SANCTIES EN MAATREGELEN

Artikel 22

Strafrechtelijke sancties tegen natuurlijke personen

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag gepleegd door natuurlijke personen worden bestraft met doeltreffende, proportionele en afschrikkende straffen, met inbegrip van financiële sancties, rekening houdend met de ernst van de feiten. Deze sancties omvatten straffen die vrijheidsbeneming met zich brengen en tot uitlevering kunnen leiden, zoals omschreven in het nationale recht.

Artikel 23

Sancties tegen rechtspersonen

1. Elke partij neemt de wetgevende of andere maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat rechtspersonen die aansprakelijk worden gesteld overeenkomstig artikel 18 onderworpen worden aan doeltreffende, proportionele en afschrikkende straffen, met inbegrip van financiële sancties en eventueel andere maatregelen, zoals:

- a. een tijdelijk of permanent verbod op de uitoefening van commerciële activiteiten;
- b. plaatsing onder gerechtelijk toezicht;
- c. een gerechtelijke maatregel tot liquidatie.

Artikel 24

Bestuursrechtelijke sancties

1. Elke partij neemt waar nodig de wetgevende of andere maatregelen ter zake van volgens haar nationale recht strafbaar gestelde feiten zodat in overeenstemming met dit Verdrag vastgestelde overtredingen worden bestraft met doeltreffende, proportionele en afschrikkende straffen en maatregelen na procedures ingesteld door de bestuurlijke autoriteiten, indien de beslissing aanleiding kan zijn voor een procedure ten overstaan van een bevoegde rechter.

2. Elke partij dient erop toe te zien dat bestuursrechtelijke maatregelen worden toegepast. Dit kan worden gedaan door de regelgevende autoriteit op het gebied van weddenschappen of andere verantwoordelijke autoriteiten in overeenstemming met haar nationale recht.

Artikel 25

Inbeslagneming en verbeurdverklaring

1. Elke partij neemt in overeenstemming met haar nationale recht de wetgevende of andere maatregelen die nodig zijn teneinde inbeslagneming en verbeurdverklaring toe te staan van:
 - a. de goederen, documenten en andere hulpmiddelen die zijn gebruikt of bestemd waren om te worden gebruikt bij het plegen van de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag;
 - b. de opbrengsten van deze feiten, of goederen van een waarde die overeenkomt met de opbrengsten.

HOOFDSTUK VII

INTERNATIONALE SAMENWERKING IN JUSTITIËLE EN ANDERE AANGELEGENHEDEN

Artikel 26

Maatregelen met het oog op internationale samenwerking bij strafzaken

1. De partijen werken in de ruimst mogelijke mate met elkaar samen in overeenstemming met de bepalingen van dit Verdrag en in overeenstemming met de relevante van toepassing zijnde internationale en regionale instrumenten en regelingen overeengekomen op basis van uniforme of wederkerige wetgeving en met hun nationale recht ten behoeve van de opsporing, vervolging en gerechtelijke procedures met betrekking tot de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag, met inbegrip van inbeslagneming en verbeurdverklaring.
2. De partijen werken in de ruimst mogelijke mate met elkaar samen in overeenstemming met de relevante van toepassing zijnde internationale, regionale en bilaterale verdragen inzake uitlevering en wederzijdse bijstand in strafzaken en in overeenstemming met hun nationale recht met betrekking tot de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag.
3. Wanneer, in gevallen van internationale samenwerking, dubbele strafbaarheid als vereiste wordt beschouwd, wordt geacht hieraan te zijn voldaan, ongeacht of het strafbare feit in de wetgeving van de aangezochte staat tot dezelfde categorie wordt gerekend of met dezelfde terminologie wordt aangeduid als in de verzoekende staat, indien de gedraging die ten grondslag ligt aan het strafbare feit waarvoor wederzijdse bijstand wordt gevraagd ingevolge het recht van beide partijen als strafbaar wordt aangemerkt.
4. Indien een partij die uitlevering of wederzijdse rechtshulp in strafzaken afhankelijk maakt van het bestaan van een verdrag, een verzoek tot uitlevering of rechtshulp in strafzaken ontvangt van een partij waarmee zij een dergelijk verdrag niet heeft gesloten, kan zij mits zij volledig voldoet aan haar verplichtingen uit hoofde van internationaal recht en overeenkomstig de voorwaarden voorzien in haar eigen nationale recht, dit Verdrag beschouwen als de juridische grondslag voor uitlevering of wederzijdse rechtshulp in strafzaken op grond van de strafbare feiten bedoeld in de artikelen 15 tot en met 17 van dit Verdrag.

Artikel 27

Andere maatregelen tot internationale samenwerking ten behoeve van preventie

1. Elke partij streeft ernaar waar mogelijk de preventie en bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden te integreren in hulpprogramma's ten behoeve van derde staten.

Artikel 28

Internationale samenwerking met internationale sportorganisaties

1. Elke partij werkt in overeenstemming met haar nationale recht samen met internationale sportorganisaties bij de bestrijding van de manipulatie van sportwedstrijden.

HOOFDSTUK VIII

FOLLOW-UP

Artikel 29

Verstreking van informatie

1. Elke partij doet de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa alle relevante informatie in een van de officiële talen van de Raad van Europa toekomen over de wetgevende en andere maatregelen die zij heeft getroffen teneinde te voldoen aan de voorwaarden van dit Verdrag.

Artikel 30

Comité voor de follow-up van het Verdrag

1. Voor de toepassing van dit Verdrag wordt hierbij het Comité voor de follow-up van het Verdrag ingesteld.
2. Elke partij kan in het Comité voor de follow-up van het Verdrag vertegenwoordigd worden door één of meer gedelegeerden, met inbegrip van vertegenwoordigers van de publieke autoriteiten verantwoordelijk voor sport, handhaving of regelgeving inzake weddenschappen. Elke partij heeft één stem.
3. De Parlementaire Vergadering van de Raad van Europa, alsmede andere relevante intergouvernementele comités van de Raad van Europa benoemen elk een vertegenwoordiger voor het Comité voor de follow-up van het Verdrag, teneinde bij te dragen aan een multisectorale en multidisciplinaire aanpak. Zo nodig kan het Comité voor de follow-up van het Verdrag, met eenparigheid van stemmen elke staat die geen partij is bij het Verdrag, elke internationale organisatie of elk internationaal lichaam uitnodigen zich te laten vertegenwoordigen door een waarnemer bij zijn vergaderingen. Uit hoofde van dit lid benoemde vertegenwoordigers nemen zonder stemrecht deel aan de vergaderingen van het Comité voor de follow-up van het Verdrag.

4. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag wordt bijeengeroepen door de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa. Zijn eerste vergadering vindt plaats zodra dat redelijkerwijs mogelijk is, maar in elk geval binnen een jaar na de datum van inwerkingtreding van het Verdrag. Het komt vervolgens telkens bijeen op verzoek van ten minste een derde van de partijen of van de Secretaris-Generaal.
5. Met inachtneming van de bepalingen van dit Verdrag stelt het Comité voor de follow-up van het Verdrag zijn eigen reglement van orde op en neemt dat bij consensus aan.
6. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag krijgt bij de uitvoering van zijn taken ondersteuning van het Secretariaat van de Raad van Europa.

Artikel 31

Taken van het Comité voor de follow-up van het Verdrag

1. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag is verantwoordelijk voor de follow-up van de implementatie van dit Verdrag.
2. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag neemt de lijst van sportorganisaties bedoeld in artikel 3, tweede lid, aan en wijzigt deze, en waarborgt dat deze op passende wijze wordt gepubliceerd.
3. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag kan in het bijzonder:
 - a. aanbevelingen doen aan de partijen ter zake van te nemen maatregelen voor de toepassing van dit Verdrag, in het bijzonder met betrekking tot internationale samenwerking;
 - b. indien van toepassing aanbevelingen doen aan de partijen na de publicatie van toelichtende documentatie en na voorafgaand overleg met vertegenwoordigers van sportorganisaties en exploitanten van sportwedenschappen, met name ter zake van:
 - de criteria waaraan sportorganisaties en exploitanten van sportwedenschappen dienen te voldoen teneinde te profiteren van de uitwisseling van informatie bedoeld in artikel 12, eerste lid, van dit Verdrag;
 - andere mogelijkheden ter verbetering van de operationele samenwerking tussen de relevante publieke autoriteiten, sportorganisaties en exploitanten van wedenschappen genoemd in dit Verdrag;
 - c. de relevante internationale organisaties en het publiek op de hoogte houden van de activiteiten ontplooid in het kader van dit Verdrag;
 - d. opstellen van een advies aan het Comité van Ministers inzake het verzoek van een staat die geen lid is van de Raad van Europa te worden uitgenodigd door het Comité van Ministers tot ondertekening van het Verdrag ingevolge artikel 32, tweede lid.
4. Voor het vervullen van zijn functies kan het Comité voor de follow-up van het Verdrag eigener beweging vergaderingen met deskundigen organiseren.

5. Het Comité voor de follow-up van het Verdrag kan na voorafgaande instemming van de betrokken partijen bezoeken aan de partijen organiseren.

HOOFDSTUK IX

SLOTBEPALINGEN

Artikel 32

Ondertekening en inwerkingtreding

1. Dit Verdrag staat open voor ondertekening door de lidstaten van de Raad van Europa, de andere staten die partij zijn bij het Europees Cultureel Verdrag, de Europese Unie en de niet-lidstaten die hebben deelgenomen aan de opstelling ervan of de status van waarnemer hebben bij de Raad van Europa.
2. Dit Verdrag staat op uitnodiging van het Comité van Ministers voorts open voor ondertekening door andere niet-lidstaten van de Raad van Europa. Het besluit tot uitnodiging van een niet-lidstaat tot ondertekening van het Verdrag wordt na overleg met het Comité voor de follow-up van het Verdrag, zodra dat is ingesteld, genomen met de meerderheid als voorzien in artikel 20, onderdeel d, van het Statuut van de Raad van Europa en met algemene stemmen van de vertegenwoordigers van de verdragsluitende staten die recht hebben op een zetel in het Comité van Ministers.
3. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd. De akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring worden nedergelegd bij de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa.
4. Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het verstrijken van een tijdvak van drie maanden na de datum waarop vijf ondertekenaars, waaronder ten minste drie lidstaten van de Raad van Europa, overeenkomstig de bepalingen van het eerste, tweede en derde lid hun instemming door het Verdrag te worden gebonden tot uitdrukking hebben gebracht.
5. Ten aanzien van elke ondertekenende staat of de Europese Unie die later zijn of haar instemming door dit Verdrag te worden gebonden tot uitdrukking brengt, treedt het in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het verstrijken van een tijdvak van drie maanden na de datum waarop deze zijn of die haar instemming tot uitdrukking heeft gebracht door het Verdrag te worden gebonden in overeenstemming met de bepalingen van het eerste, tweede en derde lid.
6. Een verdragsluitende partij die geen lid is van de Raad van Europa draagt bij aan de financiering van het Comité voor de follow-up van het Verdrag op een wijze vast te stellen door het Comité van Ministers na overleg met die partij.

Artikel 33

Gevolgen van het Verdrag en de verhouding tot andere internationale instrumenten

1. Dit Verdrag laat onverlet de rechten en verplichtingen van de partijen die voortvloeien uit internationale multilaterale verdragen inzake specifieke aangelegenheden. Dit Verdrag leidt niet tot verandering van hun rechten en verplichtingen die voortvloeien uit andere, eerder gesloten verdragen ter zake van de bestrijding van doping en verenigbaar zijn met het onderwerp en het doel van dit Verdrag.

2. Dit Verdrag vult in voorkomende gevallen in het bijzonder de van toepassing zijnde multilaterale of bilaterale verdragen tussen de partijen aan, met inbegrip van de bepalingen van:

- a. het Europees Verdrag betreffende uitlevering (1957, ETS nr. 24);
- b. het Europees Verdrag aangaande de wederzijdse rechtshulp in strafzaken (1959, ETS nr. 30);
- c. de Overeenkomst inzake het witwassen, de opsporing, de inbeslagneming en de confiscatie van opbrengsten van misdrijven (1990, ETS nr. 141);
- d. het Verdrag van de Raad van Europa inzake het witwassen, de opsporing, de inbeslagneming en confiscatie van opbrengsten van misdrijven en de financiering van terrorisme (2005, CETS nr. 198).

3. De partijen bij het Verdrag kunnen met elkaar bilaterale of multilaterale verdragen sluiten inzake de aangelegenheden die in dit Verdrag worden geregeld teneinde de bepalingen ervan aan te vullen of aan te scherpen of de toepassing van de erin vervatte beginselen te faciliteren.

4. Indien twee of meer partijen reeds een verdrag hebben gesloten met betrekking tot de in dit Verdrag geregelde aangelegenheden of anderszins hun betrekkingen ter zake van deze aangelegenheden hebben geregeld, zijn zij eveneens gerechtigd dat verdrag toe te passen of die betrekkingen dienovereenkomstig te regelen. Wanneer partijen evenwel hun betrekkingen ten aanzien van de in dit Verdrag geregelde aangelegenheden vaststellen op een andere dan de hier voorziene wijze, doen zij dit op een wijze die niet onverenigbaar is met de doelen en beginselen van het Verdrag.

5. Niets in dit Verdrag tast de overige rechten, beperkingen, verplichtingen en verantwoordelijkheden van de partijen aan.

Artikel 34

Voorwaarden en waarborgen

1. Elke partij ziet erop toe dat op het vaststellen, implementeren en toepassen van de bevoegdheden en procedures voorzien in de hoofdstukken II tot en met VII de voorwaarden en waarborgen voorzien in haar nationale recht van toepassing zijn, die moeten voorzien in de adequate bescherming van de rechten en vrijheden van de mens, met inbegrip van de rechten die voortvloeien uit de verplichtingen die zij heeft aanvaard uit hoofde van het Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, het Internationaal Verdrag van de Verenigde Naties inzake burgerrechten en politieke rechten van 1966 en andere van toepassing zijnde internationale instrumenten op het gebied van mensenrechten en die het beginsel van proportionaliteit integreren in haar nationale recht.

2. Deze voorwaarden en waarborgen dienen, naargelang van toepassing gelet op de aard van de desbetreffende procedure of bevoegdheid, onder meer te voorzien in gerechtelijk of ander onafhankelijk toezicht, gronden die de toepassing rechtvaardigen alsmede beperking van de reikwijdte en de duur van een dergelijke bevoegdheid of procedure.

3. Voor zover zulks verenigbaar is met het openbaar belang, in het bijzonder met een behoorlijke rechtsbedeling, neemt elke partij de gevolgen van de bevoegdheden en procedures in deze hoofdstukken voor de rechten, verantwoordelijkheden en gerechtvaardigde belangen van derden in overweging.

Artikel 35

Territoriale toepassing

1 Elke staat of de Europese Unie kan, op het tijdstip van de ondertekening of bij de nederlegging van zijn of haar akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring het grondgebied of de grondgebieden waarop dit Verdrag van toepassing is nader aanduiden.

2. Elke partij kan op een later tijdstip door middel van een verklaring gericht aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa de toepassing van dit Verdrag uitbreiden tot elk ander grondgebied dat in de verklaring wordt genoemd en voor de internationale betrekkingen waarvan zij verantwoordelijk is of ten aanzien waarvan zij bevoegd is verbintenissen aan te gaan. Ten aanzien van een dergelijk grondgebied treedt het Verdrag in werking op de eerste dag van de maand die volgt op het verstrijken van een tijdvak van drie maanden na de datum van ontvangst van de verklaring door de Secretaris-Generaal.

3. Elke krachtens de twee voorgaande leden gedane verklaring kan, met betrekking tot elk in die verklaring genoemd grondgebied, worden ingetrokken door middel van een aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa gerichte kennisgeving. De intrekking wordt van kracht op de eerste dag van de maand die volgt op het verstrijken van een tijdvak van drie maanden na de datum van ontvangst van de kennisgeving door de Secretaris-Generaal.

Artikel 36

Federale clausule

1. Een federale staat kan zich het recht voorbehouden verplichtingen ingevolge de hoofdstukken II, IV, V en VI van dit Verdrag te aanvaarden conform zijn fundamentele beginselen die van toepassing zijn op de relatie tussen zijn centrale overheid en constituerende staten of andere soortgelijke territoriale entiteiten, mits hij in staat blijft tot samenwerking ingevolge de hoofdstukken III en VII.

2. Bij het maken van een voorbehoud uit hoofde van het eerste lid, kan een federale staat de voorwaarden van dit voorbehoud niet aanwenden om zijn verplichtingen uit te sluiten of aanmerkelijk te beperken ten behoeve van de maatregelen vervat in de hoofdstukken III en VII. In het algemeen dient de federale staat te voorzien in ruime en effectieve handhavingscapaciteiten ten behoeve van deze maatregelen.

3. Ten aanzien van de bepalingen van dit Verdrag, waarvan de toepassing onder de rechtsmacht valt van de afzonderlijke constituerende staten of andere soortgelijke territoriale entiteiten die door het constitutionele stelsel van de federatie niet verplicht zijn wetgevende maatregelen te treffen, stelt de federale regering de bevoegde autoriteiten van deze staten in kennis van genoemde bepalingen, tezamen met haar aanbeveling de passende maatregelen te nemen teneinde er gevolg aan te geven.

Artikel 37

Voorbehouden

1. Door middel van een schriftelijke kennisgeving gericht aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa kan een staat of de Europese Unie op het tijdstip van ondertekening of bij de nederlegging van zijn of haar akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring verklaren dat hij of zij gebruikmaakt van de voorbehouden voorzien in artikel 19, tweede lid, en artikel 36, eerste lid. Andere voorbehouden zijn niet toegestaan.
2. Elke partij die een voorbehoud heeft gemaakt krachtens het eerste lid, kan dat geheel of gedeeltelijk intrekken door middel van een aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa gerichte kennisgeving. De intrekking wordt van kracht op de datum van ontvangst van deze kennisgeving door de Secretaris-Generaal. Indien in de kennisgeving wordt vermeld dat de intrekking van een voorbehoud van kracht moet worden op een daarin nader aangeduide datum, en deze datum later valt dan de datum waarop de kennisgeving door de Secretaris-Generaal wordt ontvangen, wordt de intrekking op die latere datum van kracht.
3. Een partij die een voorbehoud heeft gemaakt, trekt dit voorbehoud geheel of ten dele in zodra de omstandigheden dit toelaten.
4. De Secretaris-Generaal van de Raad van Europa kan met regelmatige tussenpozen bij de partijen die een of meerdere voorbehouden hebben gemaakt, informeren naar de mogelijke intrekking daarvan.

Artikel 38

Wijzigingen

1. Wijzigingen van artikelen van dit Verdrag kunnen worden voorgesteld door een partij, het Comité voor de follow-up van dit Verdrag of het Comité van Ministers van de Raad van Europa.
2. Elk voorstel tot wijziging wordt medegedeeld aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa en door hem of haar ten minste twee maanden voor de vergadering waarop het zal worden behandeld toegezonden aan de partijen, de lidstaten van de Raad van Europa, niet-lidstaten die hebben deelgenomen aan de opstelling van dit Verdrag of de status van waarnemer genieten bij de Raad van Europa, de Europese Unie, elke staat die is uitgenodigd dit Verdrag te ondertekenen en het Comité voor de follow-up van dit Verdrag. Het Comité voor de follow-up van dit Verdrag doet het Comité van Ministers zijn standpunt omtrent de voorgestelde wijziging toekomen.
3. Het Comité van Ministers bestudeert de voorgestelde wijziging en het door het Comité voor de follow-up van dit Verdrag ingediende standpunt en kan de wijziging bij de in artikel 20, onderdeel d, van het Statuut van de Raad van Europa voorziene meerderheid aannemen.
4. De tekst van elke wijziging aangenomen door het Comité van Ministers overeenkomstig het derde lid van dit artikel, wordt toegezonden aan de partijen voor aanvaarding.
5. Elke overeenkomstig het derde lid van dit artikel aangenomen wijziging treedt in werking op de eerste dag van de maand na het verstrijken van een tijdvak van een maand na de datum waarop alle

partijen de Secretaris-Generaal hebben medegedeeld dat zij haar hebben aanvaard nadat aan hun respectieve interne procedures is voldaan.

6. Indien een wijziging is aangenomen door het Comité van Ministers, maar nog niet in werking is getreden in overeenstemming met het vijfde lid, mag een staat of de Europese Unie niet verklaren zich door het Verdrag gebonden te achten zonder tegelijkertijd de wijziging te aanvaarden.

Artikel 39

Beslechting van geschillen

1. Het Comité voor de follow-up van dit Verdrag wordt in nauwe samenwerking met de relevante intergouvernementele comités van de Raad van Europa op de hoogte gehouden van eventuele moeilijkheden met betrekking tot de uitlegging en toepassing van dit Verdrag.

2. Ingeval tussen partijen een geschil ontstaat met betrekking tot de uitlegging of toepassing van dit Verdrag trachten zij tot een regeling van het geschil te komen door middel van onderhandeling, verzoening of arbitrage of enig ander vreedzaam middel van hun keuze.

3. Het Comité van Ministers van de Raad van Europa kan procedures voor de regeling van geschillen vaststellen die partijen bij een geschil met wederzijds goedvinden kunnen gebruiken.

Artikel 40

Opzegging

1. Elke partij kan dit Verdrag te allen tijde opzeggen door middel van een kennisgeving gericht aan de Secretaris-Generaal van de Raad van Europa.

2. Deze opzegging wordt van kracht op de eerste dag van de maand die volgt op het verstrijken van een tijdvak van drie maanden na de datum van ontvangst van de kennisgeving door de Secretaris-Generaal.

Artikel 41

Kennisgeving

1. De Secretaris-Generaal van de Raad van Europa stelt de partijen, de lidstaten van de Raad van Europa, de overige staten die partij zijn bij het Europees Cultureel Verdrag, de niet-lidstaten die hebben deelgenomen aan de opstelling van dit Verdrag of de status van waarnemer genieten bij de Raad van Europa, de Europese Unie en elke staat die is uitgenodigd dit Verdrag te ondertekenen in overeenstemming met de bepalingen van artikel 32 in kennis van:

- a. elke ondertekening;
- b. de nederlegging van elke akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring;
- c. elke datum van inwerkingtreding van dit Verdrag overeenkomstig artikel 32;

- d. elk voorbehoud en elke intrekking van voorbehouden gemaakt ingevolge artikel 37;
- e. elke verklaring afgelegd in overeenstemming met de artikelen 9 en 13;
- f. elke andere akte, kennisgeving of mededeling met betrekking tot dit Verdrag.

TEN BLIJKE waarvan de ondergetekenden, daartoe naar behoren gemachtigd, dit Verdrag hebben ondertekend.

GEDAAN te Magglingen/Macolin, op 18 september 2014, in de Engelse en de Franse taal, waarbij beide teksten gelijkelijk authentiek zijn, in een enkel exemplaar dat zal worden nedergelegd in het archief van de Raad van Europa. De Secretaris-Generaal van de Raad van Europa doet een gewaarmerkt afschrift toekomen aan elke lidstaat van de Raad van Europa, aan de staten die geen lid zijn van de Raad die hebben deelgenomen aan de opstelling van dit Verdrag of de status van waarnemer hebben bij de Raad van Europa, aan de Europese Unie en aan elke staat die is uitgenodigd tot dit Verdrag toe te treden.



Série des Traités du Conseil de l'Europe - n° 215

Convention du Conseil de l'Europe sur la manipulation de compétitions sportives

Macolin/Magglingen, 18IXV.2014

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres ;

Considérant le Plan d'action du 3e Sommet des chefs d'Etat et de gouvernement du Conseil de l'Europe (Varsovie, 16-17 mai 2005), qui recommandent la poursuite des activités du Conseil de l'Europe faisant référence dans le domaine du sport ;

Considérant qu'il est nécessaire de poursuivre l'élaboration d'un cadre européen et mondial commun pour le développement du sport, fondé sur les notions de démocratie pluraliste, de prééminence du droit, de droits de l'homme et d'éthique sportive ;

Conscients que tous les pays et tous les types de sport du monde sont potentiellement concernés par la manipulation de compétitions sportives et soulignant que ce phénomène constitue une menace d'ampleur mondiale pour l'intégrité du sport et requiert une réponse elle aussi mondiale, qui doit avoir le soutien de pays non membres du Conseil de l'Europe ;

Préoccupés par l'implication des activités criminelles, en particulier de la criminalité organisée, dans la manipulation de compétitions sportives, et par son caractère transnational ;

Rappelant la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales (1950, STE n° 5) et ses Protocoles, la Convention européenne sur la violence et les débordements de spectateurs lors de manifestations sportives et notamment de matches de football (1985, STE n° 120), la Convention contre le dopage (1989, STE n° 135), la Convention pénale sur la corruption (1999, STE n° 173) et la Convention du Conseil de l'Europe relative au blanchiment, au dépistage, à la saisie et à la confiscation des produits du crime et au financement du terrorisme (2005, STCE n° 198) ;

Rappelant la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée et ses Protocoles (2000) ;

Rappelant également la Convention des Nations Unies contre la corruption (2003) ;

Rappelant l'importance d'enquêter, effectivement et sans retard injustifié, sur les infractions relevant de leur juridiction ;

Rappelant le rôle essentiel de l'Organisation internationale de police criminelle (Interpol) visant à faciliter la coopération efficace entre les autorités chargées de l'application de la loi et la coopération judiciaire ;

Soulignant que les organisations sportives ont la responsabilité de détecter et de sanctionner les manipulations de compétitions sportives commises par des personnes relevant de leur autorité ;

Saluant les résultats déjà obtenus dans la lutte contre la manipulation de compétitions sportives ;

Convaincus qu'une lutte efficace contre la manipulation de compétitions sportives requiert une coopération nationale et internationale renforcée, rapide, soutenue et fonctionnant correctement ;

Compte tenu des Recommandations du Comité des Ministres aux Etats membres n° R (92) 13Rev sur la Charte européenne du sport révisée, CM/Rec(2010)9 sur le Code d'éthique sportive révisé, Rec(2005)8 relative aux principes de bonne gouvernance dans le sport et CM/Rec(2011)10 sur la promotion de l'intégrité du sport pour combattre la manipulation des résultats, notamment les matchs arrangés ;

Compte tenu des travaux et des conclusions des conférences suivantes :

- la 11e Conférence du Conseil de l'Europe des ministres responsables du sport (11 et 12 décembre 2008, Athènes) ;
- la 18e Conférence informelle du Conseil de l'Europe des ministres responsables du sport (22 septembre 2010, Bakou) sur la promotion de l'intégrité du sport contre la manipulation des résultats sportifs (matchs arrangés) ;
- la 12e Conférence du Conseil de l'Europe des ministres responsables du sport (15 mars 2012, Belgrade), particulièrement en ce qui concerne la rédaction d'un nouvel instrument juridique international contre la manipulation des résultats sportifs ;
- la 5e Conférence internationale des ministres et hauts fonctionnaires responsables de l'éducation physique et du sport (MINEPS V) de l'Unesco ;

Convaincus qu'un dialogue et une coopération entre les autorités publiques, les organisations sportives, les organisateurs de compétitions et les opérateurs de paris sportifs, aux niveaux national et international, fondés sur le respect et la confiance mutuels, sont essentiels à la recherche de réponses efficaces communes aux défis posés par le problème de la manipulation de compétitions sportives ;

Reconnaissant que le sport, fondé sur une compétition juste et équitable, présente un caractère imprévisible et requiert de lutter fermement et efficacement contre les pratiques et attitudes contraires à l'éthique ;

Convaincus que l'application systématique des principes de bonne gouvernance et d'éthique dans le sport contribue de manière significative à éliminer la corruption, la manipulation de compétitions sportives et d'autres pratiques répréhensibles dans ce secteur ;

Reconnaissant que les organisations sportives, conformément au principe de l'autonomie du sport, sont responsables du sport, et sont dotées de responsabilités en matière d'autorégulation et de sanctions disciplinaires dans la lutte contre la manipulation de compétitions sportives, mais que les autorités publiques, autant que de besoin, protègent l'intégrité du sport;

Reconnaissant que le développement des activités de paris sportifs, notamment de l'offre de paris sportifs illégaux, accroît les risques de ces manipulations ;

Considérant que la manipulation de compétitions sportives peut être liée ou non aux paris sportifs, liée ou non à des infractions pénales, et que tous les cas de figure doivent être traités ;

Prenant note que les Etats bénéficient d'une marge d'appréciation pour décider des politiques en matière de paris sportifs, dans le cadre du droit applicable,

Sont convenus de ce qui suit :

Chapitre I – But, principes directeurs, définitions

Article 1 – But et principaux objectifs

- 1 Le but de la présente Convention est de combattre la manipulation de compétitions sportives, afin de protéger l'intégrité du sport et l'éthique sportive, dans le respect du principe de l'autonomie du sport.
- 2 Dans ce but, la présente Convention vise :
 - a à prévenir, détecter et sanctionner la manipulation nationale ou transnationale de compétitions sportives nationales ou internationales;
 - b à promouvoir la coopération nationale et internationale contre la manipulation de compétitions sportives, entre les autorités publiques concernées, et avec les organisations impliquées dans le sport et dans les paris sportifs.

Article 2 – Principes directeurs

- 1 La lutte contre la manipulation de compétitions sportives s'inscrit notamment dans le respect des principes suivants :
 - a les droits de l'homme ;
 - b la légalité ;
 - c la proportionnalité ;
 - d la protection de la vie privée et des données à caractère personnel.

Article 3 – Définitions

Aux fins de la présente Convention :

- 1 « Compétition sportive » désigne toute épreuve sportive organisée conformément aux règles établies par une organisation sportive répertoriée par le Comité de suivi de la Convention, conformément à l'article 31.2, et reconnue par une organisation sportive internationale, ou, le cas échéant, une autre organisation sportive compétente.
- 2 « Organisation sportive » désigne toute organisation qui régit le sport ou un sport en particulier, et qui figure dans la liste adoptée par le Comité de suivi de la Convention, conformément à l'article 31.2, ainsi que les organisations continentales et nationales qui y sont, le cas échéant, affiliées.
- 3 « Organisateur de compétitions » désigne toute organisation sportive ou toute autre personne, quelle que soit sa forme juridique, qui organise des compétitions sportives.

- 4 « Manipulation de compétitions sportives » désigne un arrangement, un acte ou une omission intentionnels visant à une modification irrégulière du résultat ou du déroulement d'une compétition sportive afin de supprimer tout ou partie du caractère imprévisible de cette compétition, en vue d'obtenir un avantage indu pour soi-même ou pour autrui.
- 5 « Pari sportif » désigne toute mise de valeur pécuniaire, dans l'espoir d'un gain de valeur pécuniaire conditionné par la réalisation d'un fait futur incertain se rapportant à une compétition sportive. En particulier :
 - a « pari sportif illégal » désigne tout pari sportif dont le type ou l'opérateur n'est pas autorisé, en vertu du droit applicable dans la juridiction où se trouve le consommateur ;
 - b « pari sportif atypique » désigne toute activité de pari sportif qui présente des caractéristiques non conformes aux standards habituels ou anticipés du marché considéré ou qui porte sur une compétition sportive dont le déroulement présente des caractéristiques inhabituelles ;
 - c « pari sportif suspect » désigne toute activité de pari sportif qui, selon des indices fondés et concordants, apparaît liée à un fait de manipulation de la compétition sportive sur laquelle il porte.
- 6 « Acteurs de la compétition » désigne toute personne physique ou morale appartenant à l'une des catégories suivantes :
 - a « sportif » désigne toute personne ou groupe de personnes qui participe à des compétitions sportives ;
 - b « personnel d'encadrement des sportifs » désigne tout entraîneur, soigneur, directeur sportif, agent, personnel d'équipe, officiel d'équipe, personnel médical ou paramédical qui travaille avec des sportifs ou qui traite des sportifs participant à une compétition sportive ou s'y préparant et toutes les autres personnes qui travaillent avec des sportifs ;
 - c « officiel » désigne les propriétaires, actionnaires, dirigeants et personnel des entités organisatrices et promotrices de compétitions sportives, ainsi que les arbitres, les membres du jury et toute autre personne accréditée. Ce terme désigne également les dirigeants et le personnel d'une organisation sportive internationale, ou, le cas échéant, d'une autre organisation sportive compétente qui reconnaît la compétition.
- 7 « Information d'initié » désigne toute information relative à une compétition détenue par une personne en raison de sa position vis-à-vis d'un sport ou d'une compétition, à l'exclusion des renseignements déjà publiés ou de notoriété publique, aisément accessibles à un public intéressé ou encore divulgués en conformité avec les directives et réglementations présidant à la compétition en question.

Chapitre II – Prévention, coopération et autres mesures

Article 4 – Coordination interne

- 1 Chaque Partie coordonne les politiques et les actions des autorités publiques concernées par la lutte contre la manipulation de compétitions sportives.
- 2 Chaque Partie, dans le ressort de sa juridiction, encourage les organisations sportives, les organisateurs de compétitions et les opérateurs de paris sportifs à coopérer dans la lutte contre les manipulations de compétitions sportives et, le cas échéant, les charge de mettre en œuvre les dispositions de la présente Convention qui les concernent respectivement.

Article 5 – Appréciation et gestion des risques

- 1 Chaque Partie procède – s'il y a lieu en coopération avec les organisations sportives, les opérateurs de paris sportifs, les organisateurs de compétitions et d'autres organisations concernées – à l'identification, à l'analyse et à l'évaluation des risques liés à la manipulation de compétitions sportives.
- 2 Chaque Partie encourage les organisations sportives, les opérateurs de paris sportifs, les organisateurs de compétitions et toute autre organisation concernée à adopter des procédures et des règles pour combattre la manipulation de compétitions sportives et adopte, le cas échéant, les mesures législatives ou autres nécessaires à cette fin.

Article 6 – Education et sensibilisation

- 1 Chaque Partie encourage la sensibilisation, l'éducation, la formation et la recherche pour renforcer la lutte contre la manipulation de compétitions sportives.

Article 7 – Organisations sportives et organisateurs de compétitions

- 1 Chaque Partie encourage les organisations sportives et les organisateurs de compétitions à adopter et à appliquer des règles pour combattre la manipulation de compétitions sportives, et des principes de bonne gouvernance, qui concernent notamment :
 - a la prévention des conflits d'intérêts, notamment :
 - l'interdiction aux acteurs de la compétition sportive de parier sur les compétitions auxquelles ils participent ;
 - l'interdiction de l'utilisation abusive ou de la diffusion d'informations d'initié ;
 - b le respect par les organisations sportives et leurs membres affiliés de l'ensemble de leurs obligations contractuelles ou autres ;
 - c l'obligation faite aux acteurs de la compétition sportive de signaler immédiatement toute activité suspecte et tout incident, toute incitation ou toute approche qui pourrait être considérée comme une violation des règles contre la manipulation de compétitions sportives.
- 2 Chaque Partie encourage les organisations sportives à adopter et à mettre en œuvre des mesures appropriées en vue de garantir :
 - a le contrôle renforcé et efficace du déroulement des compétitions sportives exposées à des risques de manipulation ;
 - b des dispositions pour informer sans délai les autorités publiques pertinentes ou la plateforme nationale de cas d'activités suspectes liées à la manipulation de compétitions sportives ;
 - c des mécanismes efficaces pour faciliter la divulgation de toute information concernant les cas potentiels ou réels de manipulation de compétitions sportives, y compris une protection adéquate des lanceurs d'alertes ;
 - d la sensibilisation des acteurs de la compétition, notamment des jeunes sportifs au risque de manipulation de compétitions sportives et les efforts pour le combattre, par l'éducation, la formation et la diffusion d'informations ;

- e la désignation la plus tardive possible des officiels compétents pour une compétition sportive, notamment les juges et les arbitres.
- 3 Chaque Partie encourage ses organisations sportives et, à travers elles, les organisations sportives internationales, à appliquer des sanctions et mesures disciplinaires spécifiques, effectives, proportionnées et dissuasives en cas d'infraction de leurs règles internes contre la manipulation de compétitions sportives, en particulier celles visées au paragraphe 1 du présent article, ainsi que pour assurer la reconnaissance mutuelle et l'exécution des sanctions imposées par d'autres organisations sportives, notamment dans d'autres pays.
- 4 La responsabilité disciplinaire établie par les organisations sportives ne doit pas exclure la responsabilité pénale, civile ou administrative.

Article 8 – Mesures concernant le financement des organisations sportives

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour garantir une transparence adéquate du financement des organisations sportives qui sont soutenues financièrement par la Partie.
- 2 Chaque Partie étudie la possibilité de soutenir les organisations sportives dans la lutte contre la manipulation de compétitions sportives, notamment en finançant des mécanismes appropriés.
- 3 Chaque Partie examine, en fonction de la situation, l'éventualité de refuser l'octroi de subventions ou d'inviter les organisations sportives à refuser l'octroi de subventions en faveur d'acteurs de la compétition sanctionnés pour manipulation de compétitions sportives, pendant la durée de la sanction.
- 4 Chaque Partie prend, si besoin, les mesures nécessaires pour retirer tout ou partie de son soutien, financier ou autre, dans le domaine du sport, à toute organisation sportive qui ne respecte pas effectivement les règles relatives à la lutte contre la manipulation de compétitions sportives.

Article 9 – Mesures concernant l'autorité de régulation des paris ou la ou les autres autorités responsables

- 1 Chaque Partie désigne l'autorité ou les autorités responsables qui, dans l'ordre juridique de cette Partie, sont chargées de mettre en œuvre la régulation des paris sportifs et d'appliquer les mesures pertinentes pour combattre la manipulation de compétitions sportives en lien avec les paris sportifs, y compris, le cas échéant :
 - a l'échange d'informations, en temps utile, avec les autres autorités compétentes ou la plateforme nationale sur les paris sportifs illégaux, atypiques ou suspects ainsi que sur des violations de réglementations telles que mentionnées ou établies conformément à la présente Convention ;
 - b la limitation de l'offre de paris sportifs, après consultation des organisations sportives nationales et des opérateurs de paris sportifs, en excluant notamment les compétitions sportives :
 - destinées spécifiquement aux moins de 18 ans, ou
 - dont les conditions d'organisation et/ou les enjeux sportifs sont insuffisants ;
 - c la mise à disposition préalable des organisateurs de compétitions d'informations relatives aux types et à l'objet des offres de paris, pour soutenir leurs efforts d'identification et de gestion des risques de manipulation de leurs compétitions ;

- d de veiller à l'utilisation systématique dans les paris sportifs de moyens de paiement permettant de tracer les flux financiers au-dessus d'un certain seuil défini par chaque Partie, notamment les émetteurs, les bénéficiaires et les montants ;
 - e des mécanismes, en coopération avec et entre les organisations sportives, et, le cas échéant, les opérateurs de paris, visant à empêcher les acteurs de la compétition de parier sur des compétitions sportives en violation des règles sportives ou des lois applicables ;
 - f la suspension de la prise de paris, conformément à sa législation interne, sur les compétitions sur lesquelles une alerte appropriée a été émise.
- 2 Chaque Partie communique au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe les noms et adresses de l'autorité ou des autorités identifiées en vertu du paragraphe 1 de cet article.

Article 10 – Opérateurs de paris sportifs

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres qui se révèlent nécessaires pour prévenir les conflits d'intérêts et l'utilisation abusive d'informations d'initié par des personnes physiques ou morales impliquées dans la fourniture d'offres de paris sportifs, notamment en restreignant la possibilité :
- a pour toute personne physique ou morale impliquée dans l'offre de paris sportifs, de miser sur ses propres produits ;
 - b d'abuser d'une position de sponsor ou de détenteur de part dans une organisation sportive pour faciliter la manipulation d'une compétition ou pour utiliser abusivement des informations d'initié ;
 - c pour tout acteur de la compétition, de participer à la détermination des cotes des paris proposés sur la compétition à laquelle il participe ;
 - d pour tout opérateur de paris qui contrôle un organisateur ou un acteur de la compétition, ainsi que pour tout opérateur de paris qui est contrôlé par un tel organisateur ou acteur de la compétition, de proposer des paris sportifs sur la compétition à laquelle participe cet organisateur ou acteur de la compétition.
- 2 Chaque Partie encourage ses opérateurs de paris sportifs et, à travers eux, les organisations internationales d'opérateurs de paris sportifs, à sensibiliser leurs propriétaires et leurs employés aux conséquences de la manipulation de compétitions sportives et à la lutte contre ce phénomène, par l'éducation, la formation et la diffusion d'informations.
- 3 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour obliger les opérateurs de paris sportifs à signaler sans délai les paris atypiques ou suspects à l'autorité de régulation des paris, à la ou aux autres autorités responsables, ou à la plateforme nationale.

Article 11 – Lutter contre les paris sportifs illégaux

- 1 Afin de combattre la manipulation de compétitions sportives, chaque Partie étudie les moyens les plus adaptés de lutte contre les opérateurs de paris sportifs illégaux et envisage l'adoption de mesures dans le respect du droit applicable à la juridiction concernée, telles que :
- a la fermeture ou la restriction directe et indirecte de l'accès aux opérateurs de paris sportifs illégaux à distance et la fermeture des opérateurs de paris illégaux disposant d'un réseau physique relevant de sa juridiction ;

- b le blocage des flux financiers entre les opérateurs de paris sportifs illégaux et les consommateurs ;
- c l'interdiction de la publicité pour les opérateurs de paris sportifs illégaux ;
- d la sensibilisation des consommateurs aux risques associés aux paris sportifs illégaux.

Chapitre III – Echanges d'informations

Article 12 – Echanges d'informations entre autorités publiques compétentes, organisations sportives et opérateurs de paris sportifs

- 1 Sans préjudice des dispositions de l'article 14, chaque Partie facilite, aux niveaux national et international, et conformément à sa législation interne, l'échange d'informations entre les autorités publiques, les organisations sportives, les organisateurs de compétitions, les opérateurs de paris sportifs concernés et les plateformes nationales. En particulier, chaque Partie s'engage à mettre en place des mécanismes de communication d'informations pertinentes, notamment la mise à disposition des organisateurs de compétitions d'information préalable sur les types et l'objet des offres de paris, lorsque ces informations sont susceptibles d'aider à effectuer une évaluation des risques visés à l'article 5 et à entamer ou à mener des investigations ou des poursuites concernant la manipulation de compétitions sportives.
- 2 Sur demande, le destinataire de telles informations informe, conformément à la législation interne et sans délai, l'organisation ou l'autorité qui les lui a communiquées des suites qui ont été données à cette communication.
- 3 Chaque Partie étudie les possibilités de développer ou de renforcer la coopération et l'échange d'informations dans le domaine de la lutte contre les paris sportifs illégaux, comme le prévoit l'article 11 de la présente Convention.

Article 13 – Plateforme nationale

- 1 Chaque Partie identifie une plateforme nationale chargée de traiter de la manipulation de compétitions sportives. La plateforme nationale doit notamment, en conformité avec la législation interne :
 - a servir de centre d'information, collectant et transmettant des informations pertinentes pour la lutte contre la manipulation de compétitions sportives aux organisations et autorités pertinentes ;
 - b coordonner la lutte contre la manipulation de compétitions sportives ;
 - c recevoir, centraliser et analyser les informations relatives aux paris atypiques et suspects sur les compétitions sportives se déroulant sur le territoire de chaque Partie et émettre, le cas échéant, des alertes ;
 - d transmettre des informations aux autorités publiques ou aux organisations sportives et/ou aux opérateurs de paris sportifs sur de possibles infractions aux lois ou aux règlements sportifs visés par la présente Convention ;
 - e coopérer avec toute organisation et autorité pertinentes aux niveaux national et international, incluant les plateformes nationales des autres Etats.
- 2 Chaque Partie communique au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe le nom et les adresses de la plateforme nationale.

Article 14 – Protection des données personnelles

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives et autres nécessaires pour s'assurer que toutes les mesures contre la manipulation de compétitions sportives respectent les lois et normes nationales et internationales pertinentes en matière de protection des données à caractère personnel, en particulier lors de l'échange d'informations visé dans la présente Convention.
- 2 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour garantir que les autorités publiques et les organisations visées dans la présente Convention prennent les mesures requises pour s'assurer que les principes de légalité, d'adéquation, de pertinence et d'exactitude, de même que la sécurité des données et les droits des personnes concernées sont dûment pris en compte lorsqu'elles collectent, traitent et échangent des données personnelles, quelle que soit la nature de ces échanges.
- 3 Chaque Partie prévoit dans son droit que les autorités publiques et les organisations visées dans la présente Convention veillent à ce que l'échange des données aux fins de la présente Convention n'aille pas au-delà du minimum nécessaire à la poursuite des buts déclarés de l'échange.
- 4 Chaque Partie invite les différentes autorités publiques et les organisations visées dans la présente Convention à mettre en œuvre les moyens techniques nécessaires pour assurer la sécurité des données échangées et garantir leur fiabilité et leur intégrité, ainsi que la disponibilité et l'intégrité des systèmes d'échanges de données et l'identification de leurs utilisateurs.

Chapitre IV – Droit pénal matériel et coopération en matière d'exécution

Article 15 – Infractions pénales relatives à la manipulation de compétitions sportives

- 1 Chaque Partie veille à ce que son droit interne permette de sanctionner pénalement la manipulation de compétitions sportives, dès lors que les faits comprennent des éléments de contrainte, de corruption ou de fraude tels que définis par son droit interne.

Article 16 – Blanchiment du produit des infractions pénales relatives à la manipulation de compétitions sportives

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour ériger en infraction pénale dans son droit interne les actes tels que ceux visés à l'article 9, paragraphes 1 et 2, de la Convention du Conseil de l'Europe relative au blanchiment, au dépistage, à la saisie et à la confiscation des produits du crime et au financement du terrorisme (2005, STCE n° 198), à l'article 6, paragraphe 1, de la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée (2000) ou à l'article 23, paragraphe 1, de la Convention des Nations Unies contre la corruption (2003), dans les conditions y prévues, lorsque l'infraction principale générant un profit est l'une des infractions visées aux articles 15 et 17 de la présente Convention et, en tout état de cause, en cas d'extorsion, de corruption et de fraude.
- 2 Lorsqu'elle détermine la gamme des infractions constituant des infractions principales énumérées au paragraphe 1, chaque Partie peut décider, conformément à son droit interne, comment elle définira ces infractions et la nature de tout élément particulier de ces infractions qui en fait des infractions graves.
- 3 Chaque Partie envisage d'inclure les manipulations de compétitions sportives dans le cadre de la prévention contre le blanchiment d'argent, en exigeant des opérateurs de paris sportifs d'appliquer des exigences de diligence due à l'égard des consommateurs, de tenue des registres et de déclarations.

Article 17 – Complicité

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour ériger en infraction pénale, dans son droit interne, toute complicité intentionnelle dans la commission d'une des infractions visées à l'article 15 de la présente Convention.

Article 18 – Responsabilité des personnes morales

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour faire en sorte de s'assurer que les personnes morales peuvent être tenues pour responsables des infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention, lorsque ces infractions sont commises pour leur compte par toute personne physique, agissant soit individuellement, soit en tant que membre d'un organe de la personne morale, qui exerce un pouvoir de direction au sein de celle-ci, sur les bases suivantes :
 - a un pouvoir de représentation de la personne morale ;
 - b une autorité pour prendre des décisions au nom de la personne morale ;
 - c une autorité pour exercer un contrôle au sein de la personne morale.
- 2 Selon les principes juridiques de la Partie, la responsabilité d'une personne morale peut être pénale, civile ou administrative.
- 3 Outre les cas déjà prévus au paragraphe 1, chaque Partie adopte les mesures nécessaires pour s'assurer qu'une personne morale peut être tenue pour responsable lorsque l'absence de surveillance ou de contrôle de la part d'une personne physique telle que mentionnée au paragraphe 1 a rendu possible la commission d'une infraction visée aux articles 15 à 17 de la présente Convention pour le compte de ladite personne morale par une personne physique agissant sous son autorité.
- 4 Cette responsabilité est établie sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques ayant commis l'infraction.

Chapitre V – Compétence, droit pénal procédural et répression

Article 19 – Compétence

- 1 Chaque Partie adopte les mesures législatives ou autres nécessaires pour établir sa compétence à l'égard d'une infraction visée aux articles 15 à 17 de la présente Convention lorsque l'infraction est commise :
 - a sur son territoire ; ou
 - b à bord d'un navire battant pavillon de cette Partie; ou
 - c à bord d'un aéronef immatriculé selon ses lois; ou
 - d par un de ses ressortissants ou par une personne ayant sa résidence habituelle sur son territoire.
- 2 Chaque Etat ou l'Union européenne peut, au moment de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, dans une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, déclarer qu'elle se réserve le droit de ne pas appliquer, ou de n'appliquer que dans des cas ou conditions spécifiques, les règles de compétence définies au paragraphe 1, alinéa d, du présent article.

- 3 Chaque Partie prend les mesures législatives ou autres nécessaires pour établir sa compétence à l'égard de toute infraction visée aux articles 15 à 17 de la présente Convention lorsque l'auteur présumé est présent sur son territoire et ne peut être extradé vers une autre Partie en raison de sa nationalité.
- 4 Lorsque plusieurs Parties revendiquent leur compétence à l'égard d'une infraction présumée visée aux articles 15 à 17 de la présente Convention, les Parties concernées se concertent, le cas échéant, afin de déterminer quelle juridiction est la plus à même d'exercer les poursuites.
- 5 Sans préjudice des règles générales de droit international, la présente Convention n'exclut aucune compétence pénale, civile ou administrative exercée par une Partie conformément à son droit interne.

Article 20 – Préservation des preuves électroniques

- 1 Chaque Partie adopte des mesures législatives ou autres pour préserver les preuves électroniques, notamment grâce à la conservation rapide des données informatiques stockées, à la conservation et la divulgation rapides des données relatives au trafic, aux injonctions de produire, à la perquisition et la saisie des données informatiques stockées, à la collecte en temps réel des données actives au trafic et à l'interception de données relatives au contenu, conformément à son droit interne, lors des enquêtes sur les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention.

Article 21 – Mesures de protection

- 1 Chaque Partie envisage l'adoption des mesures législatives ou autres qui pourraient être nécessaires pour assurer une protection effective :
 - a des personnes qui fournissent, de bonne foi et sur la base de soupçons raisonnables, des informations concernant les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention ou qui collaborent d'une autre manière avec les autorités chargées des investigations ou des poursuites ;
 - b des témoins qui font une déposition en rapport avec de telles infractions ;
 - c si nécessaire, des membres de la famille des personnes visées aux alinéas a et b.

Chapitre VI – Sanctions et mesures

Article 22 – Sanctions pénales à l'encontre des personnes physiques

- 1 Chaque Partie prend les mesures législatives ou autres nécessaires pour que les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention, commises par des personnes physiques, soient passibles de sanctions effectives, proportionnées et dissuasives, notamment des sanctions pécuniaires, tenant compte de la gravité des infractions. Ces sanctions incluent des peines de privation de liberté pouvant donner lieu à l'extradition, telles que prévues par le droit interne.

Article 23 – Sanctions à l'encontre des personnes morales

- 1 Chaque Partie prend les mesures législatives ou autres nécessaires pour que les personnes morales déclarées responsables en application de l'article 18 soient passibles de sanctions effectives, proportionnées et dissuasives, qui incluent des sanctions pécuniaires et éventuellement d'autres mesures, telles que :

- a des mesures d'interdiction temporaire ou définitive d'exercer une activité commerciale ;
- b un placement sous surveillance judiciaire ;
- c une mesure judiciaire de dissolution.

Article 24 – Sanctions administratives

- 1 Pour les actes tombant sous le coup de sa législation interne, chaque Partie adopte, le cas échéant, les mesures législatives ou autres mesures nécessaires pour sanctionner des violations établies conformément à la présente Convention par des mesures et peines efficaces, proportionnées et dissuasives, au titre d'infractions aux règlements poursuivies par des autorités administratives dont la décision peut donner lieu à un recours devant une juridiction compétente.
- 2 Chaque Partie veille à l'application des mesures administratives, qui peut être confiée à l'autorité de régulation des paris ou à la ou aux autres autorités responsables, en conformité avec la législation interne.

Article 25 – Saisie et confiscation

- 1 Chaque Partie prend les mesures législatives ou autres nécessaires, conformément à la législation interne, pour permettre la saisie et la confiscation :
 - a des biens, documents et autres instruments utilisés ou destinés à être utilisés pour commettre les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention ;
 - b des produits de ces infractions, ou de biens d'une valeur équivalente à ces produits.

Chapitre VII – Coopération internationale en matière judiciaire et autre

Article 26 – Mesures de coopération internationale en matière pénale

- 1 Les Parties coopèrent dans toute la mesure du possible, dans le respect des dispositions établies par la présente Convention et conformément aux instruments internationaux et régionaux applicables et aux accords conclus sur la base de législations uniformes ou réciproques et à leur droit interne aux fins d'investigation, de poursuites et de procédures judiciaires concernant les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention, y compris pour ce qui est de la saisie et de la confiscation.
- 2 Les Parties coopèrent entre elles, dans toute la mesure du possible, conformément aux traités internationaux, régionaux et bilatéraux applicables en matière d'extradition et d'entraide judiciaire en matière pénale et conformément à leur législation interne, concernant les infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention.
- 3 En matière de coopération internationale, lorsque la double incrimination est posée comme une condition, celle-ci est présumée remplie, indépendamment du fait que la législation de l'Etat requis utilise la même classification des infractions et la même terminologie que l'Etat requérant, lorsque les faits constitutifs de l'infraction pour laquelle une demande d'entraide judiciaire ou d'extradition a été introduite, constituent une infraction pénale en vertu de la législation de chacune des deux Parties.
- 4 Si une Partie, qui conditionne l'extradition ou l'entraide judiciaire en matière pénale à l'existence d'un traité, reçoit une demande d'extradition ou d'entraide judiciaire en matière pénale de la part d'une Partie avec laquelle elle n'a pas conclu un tel traité, elle peut, tout en agissant dans le plein respect de ses obligations relevant du droit international et sous réserve des conditions prévues par le droit interne de la Partie requise, considérer cette Convention comme une base légale pour l'extradition ou l'entraide judiciaire en matière pénale eu égard aux infractions visées aux articles 15 à 17 de la présente Convention.

Article 27 – Autres mesures de coopération internationale en matière de prévention

- 1 Chaque Partie s'efforce d'intégrer, s'il y a lieu, la prévention et la lutte contre la manipulation de compétitions sportives dans les programmes d'assistance conduits au profit d'Etats tiers.

Article 28 – Coopération internationale avec les organisations sportives internationales

- 1 Chaque Partie, dans le respect de son droit interne, coopère avec les organisations sportives internationales dans la lutte contre la manipulation de compétitions sportives.

Chapitre VIII – Suivi

Article 29 – Communication d'informations

- 1 Chaque Partie transmet au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, dans l'une des langues officielles du Conseil de l'Europe, toutes les informations pertinentes relatives à la législation et aux autres mesures qu'elle aura prises dans le but de se conformer aux dispositions de la présente Convention.

Article 30 – Comité de suivi de la Convention

- 1 Un Comité de suivi de la Convention est constitué, aux fins de la présente Convention.
- 2 Chaque Partie peut se faire représenter au Comité de suivi de la Convention par un ou plusieurs délégués, notamment par des représentants des autorités publiques chargées du sport, de faire respecter la loi ou de la régulation des paris. Chaque Partie dispose d'une voix.
- 3 L'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, ainsi que les comités intergouvernementaux compétents du Conseil de l'Europe désignent chacun un représentant au Comité de suivi de la Convention afin de contribuer à une approche plurisectorielle et pluridisciplinaire. Le Comité de suivi de la Convention peut, si nécessaire, par décision unanime, inviter tout Etat qui n'est pas Partie à la Convention, toute organisation ou organisme international à se faire représenter par un observateur à ses réunions. Les représentants désignés en vertu de ce paragraphe participent aux réunions du Comité de suivi de la Convention sans droit de vote.
- 4 Le Comité de suivi de la Convention est convoqué par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Il tient sa première réunion dans les meilleurs délais et au plus tard un an après la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite à la demande d'au moins un tiers des Parties ou du Secrétaire Général.
- 5 Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité de suivi de la Convention établit son règlement intérieur et l'adopte par consensus.
- 6 Le Comité de suivi de la Convention est assisté dans l'exercice de ses fonctions par le Secrétariat du Conseil de l'Europe.

Article 31 – Fonctions du Comité de suivi de la Convention

- 1 Le Comité de suivi de la Convention est chargé du suivi de la mise en œuvre de la présente Convention.
- 2 Le Comité de suivi de la Convention doit adopter et modifier la liste des organisations sportives visée à l'article 3.2, en s'assurant de sa publication d'une manière appropriée.
- 3 Le Comité de suivi de la Convention peut, en particulier :

- a adresser aux Parties des recommandations concernant les mesures à prendre pour la mise en œuvre de la présente Convention, notamment en matière de coopération internationale ;
 - b le cas échéant, adresser des recommandations aux Parties, à la suite de la publication d'une documentation explicative, et après des consultations préalables avec les représentants des organisations sportives et des opérateurs de paris sportifs, notamment sur :
 - les critères à remplir par les organisations sportives et les opérateurs de paris sportifs pour bénéficier des échanges d'informations mentionnés à l'article 12.1 de la présente Convention ;
 - d'autres moyens d'améliorer la coopération opérationnelle entre les autorités publiques pertinentes, les organisations sportives et les opérateurs de paris, comme mentionné dans la présente Convention ;
 - c assurer l'information des organisations internationales compétentes et du public sur les travaux entrepris dans le cadre de la présente Convention ;
 - d formuler un avis au Comité des Ministres, sur la demande de tout Etat non membre du Conseil de l'Europe, demandant à être invité par le Comité des Ministres à signer la Convention en vertu de l'article 32.2.
- 4 Pour l'accomplissement de sa mission, le Comité de suivi de la Convention peut, de sa propre initiative, organiser des réunions d'experts.
- 5 Le Comité de suivi de la Convention, avec l'accord préalable de la Partie concernée, prévoit des visites dans les Etats parties.

Chapitre IX – Dispositions finales

Article 32 – Signature et entrée en vigueur

- 1 La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe, des autres Etats Parties à la Convention culturelle européenne, de l'Union européenne et des Etats non membres ayant participé à son élaboration ou ayant le statut d'observateur auprès du Conseil de l'Europe.
- 2 La présente Convention est également ouverte à la signature de tout autre Etat non membre du Conseil de l'Europe sur invitation du Comité des Ministres. La décision d'inviter un Etat non membre à signer la Convention est prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe, et à l'unanimité des voix des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité des Ministres, après consultation du Comité de suivi de la Convention, une fois établi.
- 3 La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.
- 4 La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq signataires, incluant au moins trois Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention, conformément aux dispositions des paragraphes 1, 2 et 3.

- 5 Pour tout Etat signataire ou l'Union européenne qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par la Convention, celle-ci entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de l'expression de son consentement à être lié par la Convention, conformément aux dispositions des paragraphes 1, 2 et 3.
- 6 Une Partie contractante non membre du Conseil de l'Europe contribue au financement du Comité de suivi de la Convention selon des modalités à déterminer par le Comité des Ministres après consultation de cette Partie.

Article 33 – Effets de la Convention et relations avec d'autres instruments internationaux

- 1 La présente Convention ne porte pas atteinte aux droits et obligations de Parties découlant de conventions internationales multilatérales concernant des questions particulières. En particulier, la présente Convention ne modifie pas leurs droits et obligations découlant d'autres accords conclus antérieurement à l'égard de la lutte contre le dopage et compatibles avec l'objet et le but de la présente Convention.
- 2 La présente Convention complète en particulier, le cas échéant, les traités multilatéraux ou bilatéraux applicables existant entre les Parties, y compris les dispositions :
 - a de la Convention européenne d'extradition (1957, STE n° 24) ;
 - b de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale (1959, STE n° 30) ;
 - c de la Convention du Conseil de l'Europe relative au blanchiment, au dépistage, à la saisie et à la confiscation des produits du crime (1990, STE n° 141) ;
 - d de la Convention du Conseil de l'Europe relative au blanchiment, au dépistage, à la saisie et à la confiscation des produits du crime et au financement du terrorisme (2005, STCE n° 198).
- 3 Les Parties à la Convention pourront conclure entre elles des traités bilatéraux ou multilatéraux relatifs aux questions réglées par la présente Convention, afin de compléter ou de renforcer les dispositions de celle-ci ou de faciliter l'application des principes qu'elle consacre.
- 4 Si deux Parties ou davantage ont déjà conclu un traité relatif aux matières traitées par la présente Convention, ou si elles ont autrement établi leurs relations sur ces sujets, elles ont aussi la faculté d'appliquer ledit traité ou d'établir leurs relations en conséquence. Toutefois, si les Parties établissent leurs relations concernant les matières faisant l'objet de la présente Convention d'une manière différente de celle prévue par celle-ci, elles doivent le faire d'une manière qui ne soit pas incompatible avec ses objectifs et principes.
- 5 La présente Convention n'affecte en rien les autres droits, restrictions, obligations et responsabilités des Parties.

Article 34 – Conditions et sauvegardes

- 1 Chaque Partie veille à ce que l'instauration, la mise en œuvre et l'application des pouvoirs et procédures prévus dans les chapitres II à VII soient soumises aux conditions et sauvegardes prévues par son droit interne, qui doit assurer une protection adéquate des droits de l'homme et des libertés, notamment des droits établis conformément aux obligations qu'elle a souscrites en application de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales et du Pacte international relatif aux droits civils et politiques des

Nations Unies (1966) et d'autres instruments internationaux applicables concernant les droits de l'homme. Ce droit interne doit intégrer le principe de la proportionnalité.

- 2 Lorsque c'est approprié, eu égard à la nature de la procédure ou du pouvoir concerné, ces conditions et sauvegardes incluent, entre autres, une supervision judiciaire ou d'autres formes de supervision indépendante, des motifs justifiant l'application ainsi que la limitation du champ d'application et de la durée du pouvoir ou de la procédure en question.
- 3 Dans la mesure où cela est conforme à l'intérêt public, en particulier à la bonne administration de la justice, chaque Partie examine l'effet des pouvoirs et procédures dans ces chapitres sur les droits, responsabilités et intérêts légitimes des tiers.

Article 35 – Application territoriale

- 1 Tout Etat ou l'Union européenne peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.
- 2 Chaque Partie peut, à tout autre moment par la suite, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration, dont elle assure les relations internationales ou au nom duquel elle est autorisée à prendre des engagements. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.
- 3 Toute déclaration faite en application des deux paragraphes précédents peut être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 36 – Clause fédérale

- 1 Un Etat fédéral peut se réserver le droit d'honorer les obligations contenues dans les chapitres II, IV, V et VI de la présente Convention en application des principes fondamentaux qui gouvernent les relations entre son gouvernement central et les Etats constitutants ou autres entités territoriales analogues, à condition qu'il soit encore en mesure de coopérer sur la base des chapitres III et VII.
- 2 Lorsqu'il fait une réserve en vertu du paragraphe 1, un Etat fédéral ne saurait faire usage des termes d'une telle réserve pour exclure ou diminuer de manière substantielle ses obligations en vertu des chapitres III et VII. En tout état de cause, il se dote de moyens étendus et effectifs permettant la mise en œuvre des mesures visées.
- 3 En ce qui concerne les dispositions de la présente Convention, dont l'application relève de la compétence législative de chacun des Etats constitutants ou autres entités territoriales analogues, qui ne sont pas, en vertu du système constitutionnel de la fédération, tenus de prendre des mesures législatives, le gouvernement fédéral porte lesdites dispositions, assorties d'un avis favorable, à la connaissance des autorités compétentes des Etats constitutants, en les encourageant à adopter les mesures appropriées pour les mettre en œuvre.

Article 37 – Réserves

- 1 Par notification écrite adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, chaque Etat ou l'Union européenne peut, au moment de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, déclarer qu'il se prévaut des réserves prévues à l'article 19, paragraphe 2, et à l'article 36, paragraphe 1. Aucune autre réserve n'est admise.
- 2 Une Partie qui a fait une réserve conformément au paragraphe 1 peut la retirer en totalité ou en partie par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Ce retrait prend effet à la date de réception de ladite notification par le Secrétaire Général. Si la notification indique que le retrait d'une réserve doit prendre effet à une date précise, et si cette date est postérieure à celle à laquelle le Secrétaire Général reçoit la notification, le retrait prend effet à cette date ultérieure.
- 3 Une Partie qui a fait une réserve retire cette réserve, en totalité ou en partie, dès que les circonstances le permettent.
- 4 Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe peut périodiquement demander aux Parties ayant fait une ou plusieurs réserves des informations sur les perspectives de leur retrait.

Article 38 – Amendements

- 1 Des amendements aux articles de la présente Convention peuvent être proposés par une Partie, par le Comité de suivi de la Convention ou par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe.
- 2 Tout amendement proposé devra être communiqué au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et être transmis par ce dernier aux Parties, aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la présente Convention ou ayant le statut d'observateur auprès du Conseil de l'Europe, à l'Union européenne et aux Etats ayant été invités à signer la présente Convention, ainsi qu'au Comité de suivi de la Convention au moins deux mois avant la réunion lors de laquelle l'amendement doit être étudié. Le Comité de suivi de la Convention soumet au Comité des Ministres son avis concernant l'amendement proposé.
- 3 Le Comité des Ministres examine l'amendement proposé et tout avis soumis par le Comité de suivi de la Convention. Il peut adopter l'amendement à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut du Conseil de l'Europe.
- 4 Le texte de tout amendement adopté par le Comité des Ministres conformément au paragraphe 3 du présent article est communiqué aux Parties en vue de son acceptation.
- 5 Tout amendement adopté conformément au paragraphe 3 du présent article entre en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'un délai d'un mois après la date à laquelle toutes les Parties ont informé le Secrétaire Général de leur acceptation dudit amendement suite à leurs procédures internes respectives.
- 6 Si un amendement a été adopté par le Comité des Ministres, mais n'est pas encore entré en vigueur conformément aux dispositions du paragraphe 5, un Etat ou l'Union européenne ne peuvent pas exprimer leur consentement à être liés par la Convention sans accepter en même temps cet amendement.

Article 39 – Règlement des différends

- 1 Le Comité de suivi de la Convention, en étroite coopération avec les comités intergouvernementaux compétents du Conseil de l'Europe, est tenu informé des difficultés éventuelles concernant l'interprétation et l'application de la présente Convention.

- 2 En cas de différend entre les Parties sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, celles-ci s'efforceront de parvenir à un règlement du différend par voie de négociation, de conciliation ou d'arbitrage, ou par tout autre moyen pacifique de leur choix.
- 3 Le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra établir des procédures de règlements qui pourraient être utilisées par les Parties à un litige, si elles y consentent.

Article 40 – Dénonciation

- 1 Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.
- 2 La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 41 – Notification

- 1 Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Parties, aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Etats parties à la Convention culturelle européenne, aux Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la présente Convention ou ayant le statut d'observateur auprès du Conseil de l'Europe, à l'Union européenne, et à tout Etat ayant été invité à signer la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 32 :
 - a toute signature ;
 - b le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, ou d'approbation ;
 - c toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention, conformément à l'article 32 ;
 - d toute réserve et tout retrait de réserve formulés conformément à l'article 37 ;
 - e toute déclaration faite conformément aux articles 9 et 13 ;
 - f tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Macolin/Magglingen, le 18 septembre 2014, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux Etats non membres ayant participé à l'élaboration de la présente Convention ou ayant le statut d'observateur auprès du Conseil de l'Europe, à l'Union européenne et à tout autre Etat invité à signer la présente Convention.